

ABHANDLUNGEN

Wer wollen wir sein? Identitätsordnungen in Estland nach der Februarrevolution 1917

von David Feest

Menschen begreifen sich als Teile von Ordnungen, die ihr Zusammenleben strukturieren. Von großen, umfassenden Kosmologien bis hin zu Handlungsrahmen wie Familien oder beruflichen Zusammenhängen sind auf allen Ebenen des menschlichen Lebens normative Regelsysteme wirksam, die das Agieren in ihnen vorhersehbar und sinnvoll machen. In komplexen Gesellschaften bestehen unterschiedliche Ordnungssysteme parallel oder in Verflechtung miteinander. Solche Ordnungen erscheinen als von außen vorgegeben. Tatsächlich bedürfen sie aber stets einer Aktualisierung, weil Menschen sie sich zu eigen machen. So werden soziale, ethnische und Geschlechterordnungen in sozialen Praktiken immer neu geschaffen. Sie verdanken ihre fortdauernde Existenz der Tatsache, dass Individuen sie als verbindliche Rahmen sehen, in denen sie sich positionieren.

Nicht selten verleihen solche Ordnungen den Menschen auch ein Bewusstsein der eigenen Zugehörigkeit, das Loyalitäten schafft und ein Gefühl des eigenen Wertes vermittelt. Solche Positionierungen sind in den letzten Jahrzehnten besonders unter dem Begriff der „Identität“ diskutiert worden. In der Bedeutung, die der Psychologe Erik Erikson in den 1950er Jahren gegeben hatte, erschien der Identitätsbegriff besonders geeignet, um die Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Individuum zu benennen. Eine Verbindung sozialer Rollen und Gruppenzugehörigkeiten mit der Ausbildung des menschlichen Selbstempfindens versprach Auskunft über den Zusammenhalt moderner Gesellschaften zu geben.¹ Auf diese Weise hat der Identitätsbegriff bei der Erforschung nationaler Gruppen eine außerordentlich große Rolle gespielt, nicht weniger aber auch für andere Gruppen, die sich durch Religion, Rasse, Kultur oder „Klassenbewusstsein“ identifizierten.² Soziale Ordnungen erscheinen aus dieser Perspektive besonders als Identitätsordnungen.

Allerdings klafft die Bedeutung des Identitätsbegriffs auf wissenschaftlicher und politischer Ebene auseinander. Als analytischer Begriff ist „Identität“ wegen ihrer Tendenz, entweder zu eingrenzend oder aber zu tolerant und damit beliebig zu sein, in Verruf geraten.³ Gleichzeitig hat sie als politisches Instrument an Bedeutung gewonnen. Besonders Angehörige von Minderheiten betonen, dass universelle Werte sie kaum vor Diskriminierung schützen, solange sie selbst praktisch unsichtbar oder aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit

1 Zur Genese des Begriffs vgl. Kwame Anthony Appiah: *The Lies that Bind. Rethinking Identity. Creed, Country, Colour, Class, Culture*, London 2019, S. 6.

2 Vgl. ebenda.

3 Vgl. Rogers Brubaker, Frederick Cooper: *Beyond „identity“*, in: *Theory and Society* 29 (2000), S. 1-47, insbes. S. 10. Vgl. auch die vielen Beispiele für einende und verzerrende Identitätszuschreibungen bei Appiah, *Lies* (wie Anm. 1).

ausgeschlossen bleiben.⁴ Der Kampf um Gleichberechtigung wird daher im Namen einer partikularen Gruppenidentität ausgetragen: als Frauen, als Schwarze, als Mitglieder einer ethnischen Minderheit oder anderer Kollektive. Die Zugehörigkeit zu solchen Kollektiven sind nicht notwendigerweise von ihren Mitgliedern gewählt. Nicht selten spiegelt sie die Ordnungen wider, in denen Menschen diskriminiert werden und sich folglich zur Wehr setzen. Doch gerade dieser Widerstand ist identitätsstiftend, indem er individuelle Erlebnisse mit kollektiver Solidarität zu verbinden vermag. Eben diese nachvollziehbare Gruppenbildung ist jedoch auch Gegenstand der Kritik geworden, da sie die Gesellschaft in immer kleinere, auf sich selbst bezogene Einheiten aufteile. Identitätspolitik, so die Kritik, basiere in den Begriffen Walter Benjamins auf exklusiven „Erlebnissen“ bestimmter Menschen, nicht auf intersubjektiv vermittelbarer „Erfahrung“, an der auch nicht unmittelbar Betroffene teilhaben könnten. Damit verstärke sie aber Abgrenzungen und Schranken, die es in einer freiheitlichen Gesellschaft zu vermindern gelte.⁵

Die Frage, was eine Gesellschaft eint, wenn sie doch aus unterschiedlichsten Gruppen mit eigenen Erlebnissen und Zielen besteht, ist nicht neu. Historische Beispiele zeigen, dass die Wechselbeziehungen zwischen partikularistischen Identitätsannahmen und universalistischen Wertvorstellungen vielfältiger sind, als dies in der gegenwärtigen Diskussion deutlich wird. Und die Scheidelinie zwischen beiden Perspektiven ist nicht so strikt, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Eine kleine Fallstudie soll dies anschaulich machen. Es geht um die publizistischen Auseinandersetzungen von Gruppenidentitäten in Estland nach der Februarrevolution von 1917. Diese Revolution markiert einen Zeitpunkt, in dem praktisch über Nacht eine Vielzahl von Möglichkeiten hinsichtlich der politischen Ordnung, aber auch in Bezug auf Fragen der persönlichen Zugehörigkeit offenstanden. Francis Fukuyama hat auf den Punkt gebracht, dass erst der Pluralismus moderner Gesellschaften die Identitätsfrage aufkommen lässt. Menschen in strikten Hierarchien, die keine Wahl haben, wo sie sich zuordnen sollen, müssen sich keine Gedanken über die Frage machen, wer sie wirklich seien.⁶ Dagegen stellen Umbruchsituationen wie jene des Februar 1917 die Identitätsfragen besonders scharf. Dies gilt für die estnische Bevölkerung in besonderem Maße, da sie vor 1917 noch nicht einmal in einer gemeinsamen Verwaltungseinheit zusammengefasst war, sondern das Gouvernement Estland (Hauptstadt: Tallinn) und den nördlichen Teil des Gouvernements Livland (Hauptstadt: Riga) bewohnte. Gleichzeitig wurde die Identitätsfrage aber immer auch in den Zusammenhang der breiteren politischen Zukunftsplanung gestellt, in der auch universellere Kriterien eine wichtige Rolle spielten.

In diesem Aufsatz wird Identität nicht als (starke oder schwache) Analysekategorie genutzt, die Auskunft darüber verspricht, was Menschen in ihrem Kern sind, doch wird der Begriff auch nicht aufgegeben. Denn wie Charles Tilly in Reaktion auf Rogers Brubaker and Frederick Cooper festgestellt hat, bezeichnet er einen wichtigen Bestandteil sozialer Realität. Fragen wie „wer bist du?“, „wer sind wir“, „wer sind sie“ werden regelmäßig verhandelt und angewendet. „Ihr Antworten sind Identitäten“, bemerkt Tilly weiter. Diese seien „immer

4 Vgl. Francis Fukuyama: *Identity. The Demand for Dignity and the Politics of Resentment*, New York 1998, S. 73.

5 Vgl. ebenda, S. 93, 134.

6 Vgl. ebenda, S. 36.

Behauptungen, immer kontingent, immer verhandelbar, aber auch immer folgenreich“.⁷ In diesem Sinne wird der Begriff hier verwendet. In welchen Identitätsmustern meinten die Menschen, ihre Interessen am besten vertreten zu können, wie wurden sie in Zeitungen und auf öffentlichen Veranstaltungen vermittelt, und wo waren ihre Grenzen?

1. Die Zeitungen

Als Quelle dienen zwei der wichtigsten Tageszeitungen dieser Zeit: der in Tartu erscheinende „Postimees“ (Der Postbote) und der in Tallinn herausgegebene „Tallinna Teataja“ (Der Talliner Anzeiger). Ihre Bedeutung ging über die unmittelbare Berichterstattung weit hinaus. Die Redaktionen der großen Zeitungen hatten eine „embryonische politische öffentliche Sphäre“ gebildet, bevor im Jahr 1905 ein offener politischer Diskurs möglich wurde.⁸ In einer Gesellschaft, deren Binnenordnung durch eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Vereine und Assoziationen strukturiert war, brachten auch die Zeitungen Menschen ähnlicher Interessen und Ansichten zusammen.⁹ Sie waren aber zugleich Instrumente und Manifestation politischer Abgrenzung: Schon lange vor der Gründung politischer Parteien übten die „Zeitungsparteien“ als proto-politische Gruppierungen erheblichen Einfluss aus.

Entsprechend waren die beiden behandelten Zeitungen, obwohl sie politisch im weitesten Sinne einer nationalen Richtung angehörten, doch sehr unterschiedlich. Der „Postimees“ war eine Nachfolgepublikation der ersten estnischen Zeitung „Perno Postimees“ (Der Pernauer Postbote), eine Gründung des frühen Vertreters der estnischen Nationalbewegung Johann Voldemar Jannsen aus dem Jahr 1857. Später zog die Redaktion nach Tartu um und änderte ihren Namen in ein einfaches „Postimees“. Im Jahr 1896 wurde die Zeitung von einer Gruppe national gesinnter Männer übernommen. Ihr Ziel war es, die estnische Nationalbewegung, die in den 1880er Jahren ihren Schwung verloren hatte, wiederzubeleben. Historiker haben ihre Bewegung als „Tartuer Renaissance“ bezeichnet. Ihre zentrale Figur war der Jurist und Journalist Jaan Tõnisson. Er war der unumstrittene Anführer der national ausgerichteten Menschen in Tartu. Tõnisson, der bereits vorher für den „Postimees“ gearbeitet hatte, wurde nun sein Miteigentümer und Herausgeber. Mit kleinen Unterbrechungen behielt er diesen Posten bis 1935. Mit dem „Postimees“ verfügte Tõnisson über ein Instrument, seine politischen Visionen zu propagieren.¹⁰

7 Charles Tilly: *Identities, Boundaries, and Social Ties*, London, New York 2016 [2005], S. 209.

8 Vgl. Epp Lauk, Anu Pallas: *Early Development of Estonian Journalism as a Profession (from late 19th century to 1940)*, in: *Acta Historica Talliniensia* 13 (2008), S. 48-67, 55 f.; Astri Schönfelder: *Deutsche Bürger contra homines novi. Die städtischen Wahlkämpfe in Estland 1877–1914*, Hamburg 2016, S. 21.

9 Vgl. zum Vereinswesen in Estland besonders Ea Jansen, Jaanus Arukaevu (Hrsg.): *Seltsid ja ühiskonna muutumine. Talupojähiskonnast rahvusriigini. Artiklite kogumik [Vereine und die Veränderung der Gesellschaft. Von der Bauerngesellschaft zum Nationalstaat. Sammelband]*, Tallinn 1995; Jörg Hackmann: *Gesellschaftlicher Wandel in Nordosteuropa im Prisma der Vereinskultur. Beobachtungen zur Vereinstopographie Dorpat*, in: Ders., Klaus Roth (Hrsg.): *Zivilgesellschaft im östlichen und südöstlichen Europa in Geschichte und Gegenwart*, München 2011, S. 113-139.

10 Vgl. Krista Aru: *Jaan Tõnisson vajas Postimeest ja Postimees vajas Jaan Tõnissoni [Jaan Tõnisson brauchte Postimees and Postimees brauchte Jaan Tõnisson]*, in: Sirje Olesk, Elo Maandi (Hrsg.): *Paar sammukest [Über ein paar Schritte]*, Tartu 1998, S. 13-61.

Der „Tallinna Teataja“ war eine Gründung von 1910, und als sein Chefredakteur fungierte von 1911 bis 1916 ein weiteres politisches Schwergewicht: Konstantin Päts, der bereits 1901–1905 Herausgeber und Chefredakteur der Zeitung „Teataja“ (Anzeiger) gewesen war. Hatte Päts dort schon eine gemeinsame Sprache mit Sozialdemokraten und sozialistisch gesinnten Aktivisten gefunden, waren auch im „Tallinna Teataja“ durchaus linksgerichtete Redakteure zu finden, mit August Kastru sogar ein Bolschewist.¹¹ Die unterschiedliche Bandbreite der beiden Zeiten war in erheblichen Maße von den Städten geprägt, in denen sie herausgegeben wurden. Die Universitätsstadt Tartu bot dem „Postimees“ ein Milieu, in dem die estnische nationale Selbstfindung einer besonders geringen Konkurrenz durch andere kollektive Sinngebungen ausgesetzt war. Die Stadt hatte keine wichtigen Industrien, die Anzahl der Arbeiter war gering, und die Verbreitung sozialistischer Ideen blieb auf einige radikale sozialistische Studentenorganisationen beschränkt. Tallinn dagegen war Gouvernementshauptstadt und hatte sich zu einem industriellen Knotenpunkt entwickelt. Es gab eine zum Teil aus Russland stammende organisierte Arbeiterschaft, eine starke Sozialdemokratie und ein ausgeprägtes Bewusstsein für die soziale Frage. Päts selbst schrieb im „Tallinna Teataja“ in erster Linie über wirtschaftliche und soziale Themen.¹² Zudem waren die Machtverhältnisse dynamischer: Während es einer Wahlgruppe um Tõnisson in Tartu nie gelungen wäre, die deutschbaltische Dominanz im Stadtrat zu brechen, wurde der Tallinner Stadtrat bereits seit 1904 von einer estnischen Mehrheit geführt.¹³

Entsprechend unterschiedlich war auch der Ansatz der beiden Politiker. Zwar waren sich beide einig, dass das estnische Volk als historisches Subjekt handeln, sich aus der Vormundschaft der deutschbaltischen Oberschicht befreien und nationale Souveränität erlangen müsse. Tõnisson aber war dabei der dezidierten Meinung, dass der kulturelle Wandel den sozialen und politischen Veränderungen vorausgehen müsse.¹⁴ Die wesentliche Aufgabe der Zeitung sah er darin, die Menschen darin zu unterstützen, ihren spezifischen nationalen Charakter zu erkennen und Verantwortung für sich zu übernehmen. In seiner Betonung der Eigenverantwortung war Tõnisson liberal, doch letztlich war das Objekt seiner Bestrebungen eine ethnisch definierte Gruppe, nicht eine Ansammlung von Individuen.¹⁵ Da die Selbstbestimmung eines Volkes für Tõnisson die höchste Stufe der Menschheit war, sah er den selbstlosen Einsatz für die nationale Sache als eine Frage des kulturellen Fortschritts und politischen Reife an.¹⁶ Päts war dagegen an derartig abstrakten, moral- und wertebasierten Aspekten der Nationalitätenpolitik nur wenig interessiert. Ethnische Beziehungen waren für ihn etwas Konkretes und Lokales, ebenso wie Klassenbeziehungen denen er die gleiche Aufmerksamkeit schenkte. Seine Überzeugung, dass Patriotismus nicht erzwungen werden,

11 Vgl. Toomas Karjahärm: Vabameelne opositsioonär. Konstantin Päts [Der liberale Oppositionelle. Konstantin Päts], Tartu 2018, S. 319.

12 Vgl. ebenda.

13 Vgl. Karsten Brüggemann, Ralf Tuchtenhagen: Tallinn. Kleine Geschichte der Stadt, Köln 2011, S. 191 f.

14 Vgl. Krista Aru: Üks kirg, kolm mõõdet. Peatükke eesti toimetajakesksest ajakirjandusest: K.A. Hermann, J. Tõnisson, K. Toom [Eine Leidenschaft, drei Dimensionen. Kapitel aus dem estnischen herausgeberzentrierten Journalismus: K.A. Hermann, J. Tõnisson, K. Toom], Tartu 2008, S. 129.

15 Vgl. ebenda, S. 112.

16 Vgl. Erkki Tuomioja: Jaan Tõnisson ja Eesti iseseisvus [Jaan Tõnisson und die estnische Unabhängigkeit], Tallinn 2011, S. 76.

sondern erst auf demokratischer Grundlage entstehen könne, zeigt die Bedeutung, die er sozialen Strukturen beimaß.¹⁷ Außerdem aber meinte er, die Lösung der sozialen Frage müsse der Nationsbildung vorangehen: „Der arme Mann,“ so schrieb er 1901 gemeinsam mit dem Schriftsteller und Journalisten Eduard Vilde im neu gegründeten „Teataja“, „der mit der täglichen Brotfrage kämpft, hat wenig Ahnung von der nationalen Frage, auch wenn er ein Nationalgefühl hat, das er in seinem Leben nicht für die allergrößte Notwendigkeit hält [...]“.¹⁸ Ein Schluss daraus, den er immer wieder äußerte, war, dass die ökonomische Stärkung der Esten an erster Stelle stehen müsse, um gegen die deutschbaltische Hegemonie überhaupt eine Chance zu haben. Einer von Päts’ Biografen, der Historiker Toomas Karjahärm, hat daher festgestellt, dass dessen Auffassung von Nationalität nach heutigen Begriffen eher der konstruktivistischen als der essentialistischen Richtung zuzuordnen sein, da Päts immer den sozio-ökonomischen Aspekt der Nationswerdung hervorgehoben habe.¹⁹ Umgekehrt erscheint es nicht abwegig, Tõnisson als Identitätspolitiker zu bezeichnen. Für ihn war das Bekenntnis zur Nation ein notwendiger Akt, um die Estinnen und Esten überhaupt erst zu ermächtigen, ihre Interessen wahrzunehmen und Anerkennung zu gewinnen. Gleichzeitig hatten aber auch für ihn, nicht anders als für Päts, liberale Werte wie Demokratisierung, Bürgerrechte und eine parlamentarische Ordnung universelle Gültigkeit.²⁰

Freilich lassen sich die hier skizzierten grundlegenden Unterschiede zwischen den Politikern nur mit Einschränkungen auf die beiden Zeitungen übertragen. Päts war 1917 nicht mehr aktiv an der Pressearbeit beteiligt, da er 1916 als Reservist in die Armee eingezogen worden war. Dagegen nutzte Tõnisson weiterhin den „Postimees“ als Sprachrohr und organisatorisches Zentrum seiner politischen Visionen. In beiden Fällen aber ist eine Kontinuität des Profils der Zeitungen feststellen, die sich auch in ihrer Behandlung der Identitätsordnungen niederschlug.

2. Wer sind wir? Charakterisierung des estnischen Volkes und die Revolution

Die Abdankung des Zaren Nikolaj II. am 2. März (alter Kalender) schuf eine Situation, in der das Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Modi der Zugehörigkeit eine tagespolitische Angelegenheit wurde. Beide Zeitungen berichteten auf über die Ereignisse auf imperialer ebenso wie auf lokaler Ebene. Auf diese Weise fingen sie die unterschiedlichsten Modi der Gemeinschaftsstiftung ein: von den spontanen Demonstrationen mit ihren symbolischen Repräsentationen von Einheit bis hin zu elaborierteren Konzepten, in welcher Weise diese Einheit begründet und institutionell gefestigt werden sollte. Dabei kamen auch immer die konkurrierenden Identifikationsangebote ins Spiel. Kategorien der Zugehörigkeit wie soziale Schicht, Geschlecht oder Ideale bürgerlicher Gleichberechtigung konnten ein Bestandteil der angestrebten nationalen Identität werden, aber durchaus auch quer zu ihr stehen.

17 Vgl. Karjahärm, *Opositionäär* (wie Anm. 11), S. 290.

18 *Uus heal kodumaa koris [II]* [Eine neue Stime im Chor des Landes (II)], in: *Teataja* v. 1.1.1901, S. 1; vgl. auch Karjahärm, *Opositionäär* (wie Anm. 11), S. 105.

19 Vgl. Karjahärm, *Opositionäär* (wie Anm. 11), S. 109.

20 Vgl. ebenda, S. 110.

Unterschiede in der Gewichtung zeigten sich schon in den Schilderungen der revolutionären Ereignisse im „Postimees“ und im „Tallinna Teataja“. Päts hatte bereits im Berner Exil 1906 einen engeren Kontakt zu den Sozialisten gepflegt. Erleichtert wurde dies durch die Tatsache, dass weder die zum Menschewismus neigenden Estnischen Internationalisten-Zentralisten noch die nationalen Sozialdemokraten-Föderalisten anti-national waren. Sie sahen lediglich die Lösung der Arbeiterfrage als Voraussetzung zur Lösung der nationalen Frage. Entsprechend hatte sich Päts bereits 1905 zwar kritisch über die unkontrollierte Gewalt geäußert, war aber nicht dafür eingetreten, den Aufstand zu unterdrücken oder die Sozialdemokratie zu bekämpfen.²¹ Es lässt sich behaupten, dass der „Tallinna Teataja“ diese Linie auch nach der Februarrevolution fortführte. Auf der einen Seite brachte er bereits am 6. März lebendige Beschreibungen der teils gewaltsamen Vorgänge in Tallinn, die abzulehnen seien: Die Zeitung referierte zustimmend einen Aufruf zur Ordnung, nach dem jede Unordnung der alten Ordnung helfe. Auf der anderen Seite beschrieb ihr Korrespondent aber bestimmte Aspekte der Ausschreitungen, wie die Zerstörung der Bordelle, als „durchaus hart, aber dennoch vollständig gerechtfertigt“.²² Der „Postimees“ zog erst am 9. und 10. mit einer Beschreibung der Gewalttaten nach.²³ Zum Teil kann dies mit der räumlichen Distanz des Tartuer Blattes von Tallinn erklärt werden, das überdies in einem anderen Gouvernement lag, doch Tõnissons Zeitung berichtete auch kaum über die brutale Gewalt in anderen estnischen Städten. Stattdessen betonte sie am 3. März die ruhige Atmosphäre in Tartu, wo die einzige rasche Handlung der Menschen im Sturm auf die aktuellen Zeitungen bestanden habe.²⁴ Außerdem lieferte sie Beispiele davon, wie an einigen Orten unkontrollierte Handlungen verhindert worden waren. Am 5. März war eine spontane Demonstration von Schülern einer Sekundärschule in Viljandi eilig von der Schulleitung aufgelöst worden.²⁵ Und sogar die Teilnahme von Schülern an einer nationsweiten Freiheitsfeier am 10. März war umstritten, da es sich um keinen Feiertag handelte.²⁶ Dies passte gut zu Tõnissons am selben Tag vorgebrachte Forderung, dass „unsere Menschen in der Stadt und auf dem Land eine große Hilfe bei der Durchsetzung der neuen Ordnung ohne irgendwelche Behinderung“ sein sollten, indem sie eine „*feste innere Ruhe*“ zeigten und eine „*vorbildliche Ordnung*“ aufrecht erhielten.²⁷ Das nüchterne Verhalten und die wohlgeordnete Prozedur, zu denen der Postimees immer wieder aufrief, hatte eine weit reichende Bedeutung: An ihnen ließ sich zeigen, wie sehr sich die Bevölkerung seit 1905 verändert hatte. Ein Kor-

21 Vgl. ebenda, S. 269.

22 Rewolutsioni päewad Tallinnas [Revolutionstage in Tallinn], in: Tallinna Teataja v. 6.3.1917, S. 1.

23 Vgl. Rewolutsioni-päewad Tallinnas [I] [Revolutionstage in Tallinn (I)], in: Postimees v. 9.3.1917, S. 4; Rewolutsioni-päewad Tallinnas [II] [Revolutionstage in Tallinn (II)], in: Postimees v. 10.3.1917, S. 3.

24 Vgl. Kohalikud teated – Rahulik meeleolu [Örtliche Nachrichten – Ruhige Stimmung], in: Postimees v. 3.3.1917.

25 Vgl. Kuidas riigipööre meie maal wasta võeti [1] [Wie der Umsturz in unserem Land aufgenommen wurde (1)], in: Postimees v. 18.3.1917, S. 5.

26 Vgl. Kuidas riigipööre meie maal wasta võeti [2] [Wie der Umsturz in unserem Land aufgenommen wurde (2)], in: Postimees v. 22.3.1917, S. 2.

27 – n.: Üleüldise seisukorra kohta [Über die allgemeine Situation], in: Postimees v. 3.3.1917. Hervorhebung im Original.

respondent staunte, wie leicht es gewesen war, die Menschen zu motivieren zu kommen und die Ordnung einzuhalten. Es fühle sich an wie ein „unbegreiflicher Traum“.²⁸

Als die Nachrichten über die Ereignisse in Petrograd das Estnische und das Livländische Gouvernement erreichen, war die Reaktion zunächst verhalten. Menschen trauten den offiziellen Verlautbarungen nicht, die in den Zeitungen zu lesen waren. Aus den Erfahrungen der gescheiterten Revolution von 1905 wussten sie nur zu gut, wie schnell sich die Lage ändern konnte. Als es endlich zu den ersten Demonstrationen kam, waren sie häufig spontan, in anderen Fällen wurden sie von Lehrern, Geistlichen oder Offizieren organisiert. Die Zeitungen berichteten über die lokalen Ereignisse detailliert mithilfe ihrer Korrespondenten.²⁹ Auch in den Artikeln der fest angestellten Redakteure fanden sie Beachtung. Besonders für den Herausgeber des *Postimees*, Tõnisson, hatte das Verhalten der Menschen auf den frühen Demonstrationen eine hochgradig symbolische Bedeutung. Ihm erschien es als Ausweis der Reife zu sein, die das von ihm imaginierte estnische Volk erreicht hatte. Das normativ geprägte Bild des ordentlichen, nüchternen und umsichtigen Charakters der Estinnen und Esten war für viele Anhänger der Nationalbewegung zentraler Bestandteil ihrer Vorstellung der im Entstehen begriffenen estnischen Nation.³⁰ Der Aufstand von 1905, obwohl er weniger gewalttätig gewesen war als der der benachbarten Letten, hatte Tõnisson zutiefst schockiert. Er verurteilte ihn als ziellose Brutalität.³¹ Nun bestand die Gefahr, dass sich solche Szenen wiederholen würden. Am 2. März weitete sich ein Streik in Tallinns Fabriken auf die ganze Stadt aus. Wütende Menschenmassen stürmten Gefängnisse, Gerichte, Polizeistationen und Bordelle und richteten große Zerstörung an. Aufständische sprengten den als Gefängnis dienenden Geschützturm „Dicke Margarethe“ mit Dynamit.³² Gewalt kam auch an anderen Orten des estnischen Siedlungsgebietes vor und forderte insgesamt 20 Menschenleben.³³ Dies war nicht die Revolution, die das Estland, das sich Tõnisson vorstellte, ermöglichen würde. Seine Haltung spiegelt sich in der Berichterstattung des „*Postimees*“ wider: Obwohl Tõnisson die Zeitung seit dem frühen März faktisch ohne Vorzensur veröffentlichte – offiziell wurde das Gesetz zur Abschaffung der Zensur erst am 27. April verabschiedet –, berichtete der „*Postimees*“ von diesen Ereignissen relativ wenig.

28 Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 6.

29 Vgl. ebenda; Ajaloolised päevad Wiljandis [Historische Tage in Viljandi], in: Tallinna Teataja v. 9.3.1917, S. 3.

30 Vgl. den protestantischen Moralbegriff Jakob Hurts, der auch noch sexuelle Abstinenz hinzufügte. Toomas Karjahärm: Eesti vaimse eliidi identsusest ärkamisajal [Über die Identität der estnischen intellektuellen Elite während der Zeit des nationalen Erwachens], in: Akadeemia 8 (1996), S. 2557-2569, insbes. S. 2058.

31 Zu Tõnissons Haltung zur Revolution von 1905 vgl. Aru, Kirg (wie Anm. 14), S. 148. Über die Gewalt von 1905: Toomas Karjahärm: Gewalt in Estland im Jahr 1905: emotionale Anomalie oder ein Faktor der Modernisierung?, in: Nordost-Archiv N.F. XXII (2013), S. 140-174; Toivo U. Raun: Violence and Activism in the Baltic Provinces during the Revolution of 1905, in: Acta Historica Tallinnensia 10 (2006), S. 48-59.

32 Vgl. Rewolutsioni-päevad Tallinnas (wie Anm. 23).

33 Vgl. Toomas Karjahärm: Eesti saavutab autonoomia [Estland erlangt die Autonomie], in: Sulev Vahre u.a. (Hrsg.): Eesti Ajalugu V: Pärissorjuse kaotamisest Vabadussõjani [Estnische Geschichte V: Von der Aufhebung der Leibeigenschaft bis zum Freiheitskrieg], Tartu 2005, S. 411-423, insbes. S. 411 f.

3. Einigende Symbole

Der „unbegreifliche Traum“ konnte Wirklichkeit werden, weil die Menschen in einem Gefühl der Einmütigkeit handelten. Dies war nicht selbstverständlich. Die trostlose Versorgungslage, die Schwierigkeiten der landlosen Bauern, die steigende Kriminalität und andere Probleme, über die in den Zeitungen täglich berichtet wurden, bargen alle das Potential der Spaltung. Vorerst war sie aber noch nicht zu befürchten. Dabei wurde die Gemeinschaft weniger durch politische Programme, sondern mehr durch Symbole und symbolische Handlungen gestiftet. Die Menschen vereinten sich hinter bestimmten Flaggen, marschierten zusammen und sangen gemeinsam Lieder.

Freilich repräsentierten keinesfalls alle dieser Symbole *per se* die Gesamtheit der anwesenden Menschen. Im Gegenteil: Bereits die Vielzahl an Flaggen kennzeichnete die Zugehörigkeit zu ganz unterschiedlichen Gruppen: Schüler, Arbeiter, Vereine, Feuerwehrleute – sie alle trugen ihre eigenen Fahnen.³⁴ Eine andere Art von Gemeinschaft war in der blau-schwarz-weißen Flagge repräsentiert, die zu vielen Anlässen aufgerollt wurde. Sie war 1881 als Fahne der estnischen Studentenverbindung „Vironia“ geschaffen worden. Als die Nationalbewegung zur Jahrhundertwende hin an Bedeutung und öffentlicher Wirkung gewonnen hatte, entwickelte sich die Fahne zu einem politischen Symbol für das estnische Volk in seiner Gesamtheit. Entsprechend kritisch waren die Beamten des Zarenreiches gegenüber ihrer Verwendung bei offiziellen Ereignissen, wo sie die weiß-blau-rote Zarenflagge bevorzugten. Während der Revolution von 1905 tauchte die blau-schwarz-weiße Flagge wieder auf Studentendemonstrationen auf und sorgte für Zusammenstöße. Sowohl russische Studenten als auch antinationalistische Revolutionäre mit roten Flaggen fühlten sich provoziert. Steine flogen, und Tõnisson selbst wurde bei so einer Gelegenheit verletzt.³⁵ Wie war es möglich, dass im März 1917 die Symbole der einzelnen Gruppen nicht als Indikator der Gegensätzlichkeit wahrgenommen wurden? Aus den Zeitungsberichten entsteht der Eindruck, dass dies besonders einem Umstand zu verdanken war: Die rote Fahne konnte für eine gewisse Zeit die Rolle eines integrativen Metasymbols übernehmen, in dem alle anderen aufzugehen schienen. Im Landkreis Viljandi sah der Korrespondent des „Postimees“ ein Meer von Fahnen, das alle bislang benannten umfasste, einschließlich der alten russischen Staatsflagge und der schwarz-weiß-roten Fahne. Jedoch, so fügte er hinzu: „sie verblassten hinter der großen Masse roter Flaggen“.³⁶ Tatsächlich war dies eine typische Erscheinung der frühen Demonstrationen. An einigen Orten gab es überhaupt keine schwarz-weiß-blauen Flaggen, während die roten überall zu sehen waren.³⁷ Die rote Fahne, die eigentlich ein Symbol der Arbeiterbewegung gewesen war, hatte den Vorteil, einer Vielzahl von Deutungen gegenüber offen zu sein. Ganz gleich, welche Visionen oder allgemeinen Zielvorstellungen die Demonstrierenden vertraten, sie alle begrüßten die Revolution als ein im ganzen Imperium stattfindendes Phänomen, und die rote Flagge verband als Symbol die estnischen mit

34 Vgl. Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 5.

35 Vgl. Artur Taska: Sini-must-valge 100 aastat [100 Jahre Blau-schwarz-weiß], Tallinn 1992 [original: Montreal 1982], S. 52-55; Krista Aru: Jaan Tõnisson – rahvajuht ja riigivanem [Jaan Tõnisson – Volksanführer und Staatsältester], Bd. 1-2, Tartu 2019, Bd. 2, S. 29.

36 Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 5.

37 Vgl. Kodumaalt [Aus dem Heimatland], in: Postimees v. 13.3.1917, S. 2.

den im gesamten Imperium verfolgten Zielen. Als integratives Symbol verknüpfte sie alle spezielleren Zeichen der Zugehörigkeit mit einem gemeinsamen Anliegen.

Die symbolische Symbiose war nicht nur ein Phänomen der Provinzstädte. Doch kann kaum überraschen, dass im politisch und ethnisch vielfältigerem Tallinn die konkreten Bedeutungen der Flaggen eingehender diskutiert wurden. So äußerte der Stadtverordnete Paul Kuiberg anlässlich der Feier für die Gefallenen der Revolution, dass die weiß-blau-rote Flagge auf keinen Fall verwendet werden solle, auch wenn ihm entgegengehalten wurde, als Handelsflagge Russlands sei sie kein Symbol der Romanovs. Andere stellten fest, man könne auch die „schwarz-blau-weiße“ estnische Flagge verwenden – offenbar war ihre tatsächliche Farbenreihenfolge (blau-schwarz-weiß) noch nicht allen geläufig. Der Rat der Arbeiter und Soldaten dagegen sprach sich für die schwarze und rote Flagge aus, hatte aber auch gegen die Verwendung von nationalen und estnischen Flaggen keine Einwände.³⁸

Auch die Lieder, die „fast pausenlos“ von den Menschen gesungen wurden, zeigen so eine Integration des Lokalen mit dem Imperialen oder sogar Universalen. Auf der einen Seite hatten Lieder wie „Mein Vaterland, mein Glück und meine Freude“ (*Mu isamaa, mu õnn ja rõõm*) oder „Estland, mein Vaterland“ (*Eestimaa mu isamaa*) zusammen mit vielen anderen eine tiefe lokale Bedeutung.³⁹ Sie verknüpften die gegenwärtigen Ereignisse mit jenem Gemeinschaftsgefühl, das Menschen beim gemeinsamen Singen in Chören oder auf Liederfesten auf lokaler oder nationaler Ebene erfahren hatten. Die Lieder verbanden die Demonstrationen auch mit der Nationalbewegung.⁴⁰ Auf der anderen Seite sangen die Menschen auf fast allen dieser Veranstaltungen die „Marseillaise“, die auch an anderen Orten in einer besonderen Version als „Arbeitermarseillaise“ zu einer Art revolutionären Nationalhymne des Russländischen Imperiums geworden war.⁴¹ Die beiden Perspektiven wurden nicht als Widerspruch angesehen. Ähnlich wie bei den unterschiedlichen Fahnen repräsentierten die estnischen Volkslieder und die universelle revolutionäre „Marseillaise“ zwei Aspekte desselben Freiheitsstrebens. Figes und Kolonitskii haben das Teilen von Symbolen – „besonders der ‚Marseillaise‘ und der roten Fahne“ – zwischen allen wichtigen Parteien als bedeutendes Phänomen der russischen Revolution ausgemacht.⁴² Für Estland galt dies offenbar ebenso. Die Frage, welches politische Programm diese starken Symbole – einschließlich der estnischen nationalen Symbole – für sich beanspruchen konnte, wurde bis auf weiteres verschoben.

38 Vgl. Tallinna Linnawolikogu koosolek 8. märtsil [Sitzung der Tallinner Stadtverordnetenversammlung, 8. März], in: Tallinna Teataja v. 9.3.1917, S. 2.

39 Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 5.

40 Vgl. Karsten Brüggemann, Andres Kasekamp: ‚Singing oneself into a nation‘? Estonian Song Festivals as Rituals of Political Mobilisation, in: Nations and Nationalism 20 (2014), S. 259-276.

41 Vgl. Orlando Figes, Boris Kolonitskii: Interpreting the Russian Revolution. The Language and Symbols of 1917, New Haven 1999, S. 62. Der Text der estnischen Version ist als Faksimile abgedruckt in Ago Pajur: ‚Meie riigipoliitiliseks paleuseks on autonoomia‘. 30. märtsi 1917. aasta määrus Eestimaa ajutise valitsemiskorra kohta [‚Unser staatspolitisches Ideal ist Autonomie. Das Dekret vom 30. März 1917 über die vorläufigen Verwaltungsbestimmungen Estlands‘], in: Tõnu Tannberg (Hrsg.): Esimene maailmasõda ja Eesti [Der Erste Weltkrieg und Estland], Tartu 2014, S. 217-269, insbes. S. 245.

42 Figes, Kolonitskii, Revolution (wie Anm. 41), S. 65.

4. Lokale und imperiale Identität

Die symbolische Integration lokaler und überregionaler Identitäten wurde alsbald auf eine politisch-programmatische Ebene ausgeweitet. Bereits auf einer Großdemonstration in Tartu am 26. März wurde die Rolle, die Estland im imperialen Gefüge haben sollte, konkreter benannt. Mit den frühen, teilweise spontanen Demonstrationen, hatte sie das symbolische Inventar gemein: Auch hier waren Fahnen und Lieder wesentliche Medien. Darüber hinaus aber vermittelte die Demonstration auch eine klare politische Botschaft, die im „Postimees“ bereits zwei Tage vor der Veranstaltung in Tartu erläutert worden war. Es handelte sich um eine Art gemeinsamen Nenners für alle potentiellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, der verhindern sollte, dass sich „einige einzelne Gruppen demonstrativ von der Demonstration distanzieren“ würden. „Politische Differenzen kommen später“, beschwor die Zeitung die Leserschaft, „wenn wir das, was wir fordern, erreicht haben: eine/ demokratische Russische Republik zusammen mit einer demokratischen Autonomie Estlands/“.⁴³ Ein ähnlicher Slogan war auch auf Estnisch und Russisch auf einer großen Fahne zu lesen, die mit den estnischen Nationalfarben geschmückt und am Rathaus angebracht worden war. Die Autonomie war auch der zentrale Punkt einer Rede, die Tõnissons auf der Tartuer Großveranstaltung hielt. In seiner Ansprache erinnerte er an die politische Unterdrückung des estnischen Volkes in der Vergangenheit, pries die „Zerschlagung der Ketten der Sklaverei“ und rief dazu auf, die neu erlangte Freiheit zukünftig „unter der Fahne estnischer nationaler Selbstbestimmung und estnischer Autonomie“ zu verteidigen.⁴⁴ Die estnische Perspektive blieb jedoch nicht isoliert, sondern wurde in der russischsprachigen Rede eines Offiziers in einen imperialen Kontext gestellt: Der Redner betonte, dass das estnische Streben nach Autonomie keine Abspaltung von Russland bedeute. Zwar seien die Esten „von den russischen Herrschenden an die deutschen Barone verkauft worden“, nun aber kämpften sie Schulter an Schulter mit den Russen an der Front und hätten in der Revolution gemeinsam den gleichen Despoten gestürzt.⁴⁵ Offenbar war es für die Organisatoren der Demonstration akzeptabel, ja sogar wünschenswert, die speziellen estnischen Erlebnisse in die breitere Erfahrung Russlands zu integrieren.

Am Tag der Tartuer Demonstration, dem 26. März, fanden auch in anderen estnischen Städten ähnliche Kundgebungen statt. Der größte Aufmarsch blieb jedoch der Hauptstadt vorbehalten. Die Demonstration in Petrograd am selben Tag war die größte, die jemals von estnischer Seite organisiert worden war. Dies ist kaum überraschend. Mit 60 000 Esten

43 Suur wabaduse-pidustus Tartus [Große Freiheitsfeier in Tartu], in: Postimees v. 24.3.1917, S. 2. Hervorhebung im Original.

44 Kohalikud teated – Suur wabaduse-pidustus Tartus [Örtliche Neuigkeiten – Große Freiheitsfeier in Tartu], in: Postimees v. 27.3.1917, S. 3. Der Begriff „nationale Selbstbestimmung“ ging auf die 1860er Jahre zurück und war 1914 von Lenin wieder in den politischen Diskurs gebracht worden. Vladimir I. Lenin: O prave natsij na samoopredelenie [1914] [Über das Recht der Nation auf Selbstbestimmung], in: Polnoe sobranie sočinenij. Bd. 25, Vilnius ⁵1983, S. 255-320. Woodrow Wilson skizzierte seine berühmten 14 Punkte erst am 8. Januar 1918 zum ersten Mal, und der Begriff „nationale Selbstbestimmung“ taucht weder hier noch in seinen Reden während des Krieges auf. Trygve Thrøntveit: The Fable of the Fourteen Points: Woodrow Wilson and National Self-Determination, in: Diplomatic History 35 (2011), S. 445-481, insbes. S. 446.

45 Vgl. Kohalikud teated (wie Anm. 44), S. 3.

hatte die russische Hauptstadt die größte estnische Zivilbevölkerung nach Tallinn. Hinzu kamen noch tausende estnische Soldaten, die in der lokalen Garnison stationiert waren. Im Gegensatz zur Einwohnerschaft Estlands und Livlands hatten sie die Revolution aus erster Hand erlebt.⁴⁶ Nach Berichten der zeitgenössischen Presse nahmen 40 000 Menschen, von denen 15 000 Soldaten waren, an der Demonstration teil.⁴⁷ Gleichzeitig ähnelte sie jener in Tartu sowohl hinsichtlich der minutiösen Organisation als auch der Forderungen, die auf ihr gestellt wurden. Die Menge versammelte sich bei der Lutherischen Estnischen Jaani-Kirche in der *Oficerskaja ulica 54A*⁴⁸ und marschierte zum Tauridenpalast. Die Menschen trugen eine estnische Nationalfahne, sangen patriotische estnische Lieder und hielten Plakate in die Luft, auf denen eine „demokratische Republik“ und ein „autonomes Estland“ auf Grundlage des „Rechtes für nationale Selbstbestimmung“ gefordert wurden. Die Teilnahme der Soldaten zeigte sich in dem Aufruf nach einem „Krieg bis zum Ende“ und „mehr Kanonenkugeln“.⁴⁹

Ein weiteres Ereignis, auf dem die Loyalität zu Russland betont wurde, war der Besuch von Aleksandr Fedorovič Kerenskij, damals Justizminister, und der bereits legendären „Großmutter der Revolution“ Ekaterina Konstantinova Breško-Breškovskaja in Tallinn am 10. April. Es zeigte gleichzeitig, wie getrennt die Sphären der estnischen Öffentlichkeit noch waren. Die sehr gut besuchte Veranstaltung wurde im „Teataja“ in einem zweiteiligen Artikel auf der Titelseite ausführlich beschrieben.⁵⁰ Der „Postimees“ hielt es dagegen nicht für nötig, einen eigenen Korrespondenten zu schicken, sondern begnügte sich mit einer Zusammenfassung der Artikel der „örtlichen Zeitungen“. Inhaltlich gab es jedoch keine Meinungsverschiedenheiten. Der Sozialist Otto Strandman – einer der Autoren des estnischen Autonomieprojekts – drückte in seiner Rede an Kerenskij nur den Grundkonsens aus: „Auf der Suche nach einem Autonomiearrangement“, versicherte er, „war aus unseren Kreisen keine Stimme zu hören, die eine Abspaltung von Russland vorgeschlagen hätte.“⁵¹ Bereits einige Wochen zuvor hatte der „Tallinna Teataja“ sogar geschrieben, Estland könne nicht von Russland unabhängig sein „wollen“, wo doch selbst ein großes Land wie Österreich-Ungarn nicht ohne mächtige Nachbarn auskäme.⁵² Strandman fügte noch hinzu, dass das estnische Volk sein Schicksal in die Hände der noch zu wählenden Verfassungsgebenden Versammlung lege – auch dies ein Gemeinplatz unter den nichtbolschewistischen Parteien. Die Veranstaltung wurde mit dem Singen estnisch-patriotischer Lieder sowie der Arbeitermarseillaise beendet.⁵³

46 Vgl. Pajur, *Autonoomia* (wie Anm. 41), S. 241.

47 Vgl. *Uemad teated – Petrogradi eestlaste meealewaldus ja Eesti autonoomia* [Neueste Nachrichten – Demonstration der Esten von Petrograd und die estnische Autonomie], in: *Postimees* v. 27.3.1917, S. 3. Eine kritische Diskussion dieser Zahlen findet sich bei Pajur, *Autonoomia* (wie Anm. 41), S. 248.

48 Heute: *ulica Dekabristov*.

49 *Uemad teated – Eestlaste meealewaldus päälinnas* [Die letzten Neuigkeiten – Demonstration von Esten in der Hauptstadt], in: *Postimees* v. 28.3.1917, S. 3.

50 Vgl. *Kohtuminister Kerenski Tallinnas* [!] [1], in: *Tallinna Teataja* v. 10.4.1917; *Kohtuminister Kerenski Tallinnas* [!] [2], in: *Tallinna Teataja* v. 11.4.1917.

51 *Eesti miitingust Tallinnas* [Über die estnische Versammlung in Tallinn], in: *Postimees* v. 14.4.1917, S. 2.

52 Vgl. *Autonoomia* [Autonomie], in: *Tallinna Teataja* v. 18.3.1917, S. 2.

53 Vgl. *Miitingust* (wie Anm. 51).

5. Lokale und imperiale Erinnerung: Opfergedenken

Ein weiteres symbolisches Mittel der Integration estnischer Erlebnisse in ein imperiumweites Narrativ war die Beerdigung der Opfer der Revolution. In Russland wurden die Gedenkfeierlichkeiten zu den wichtigsten Feiertagen der Wochen nach der Februarrevolution.⁵⁴ Auch unter den Estinnen und Esten hatte es Opfer gegeben, sie aber hatten in der Regel in Russland gelebt und dort an revolutionären Ereignissen teilgenommen.⁵⁵ Um die revolutionären Ereignisse enger mit den lokalen Erlebnissen zu verknüpfen, war es daher notwendig, auf die Ereignisse von 1905 zurückzugreifen, die den Menschen noch frisch im Gedächtnis waren. Allerdings gab es ein Problem: Für viele Menschen hatten die Geschehnisse eher die Unmöglichkeit revolutionärer Veränderung gezeigt, als Anlass für Optimismus zu geben. Dies wurde umso sinnfälliger, wenn die Demonstrationen an den gleichen Orten stattfanden, an denen nach der ersten Revolution die Strafaktionen stattgefunden hatten. „Schreit und schreit nur, sie werden euch sicher eine gute Tracht Prügel verleihen, genauso wie 1905“ war die typische Bemerkung eines sarkastischen Beobachters.⁵⁶ Um ein Gegengewicht zu dieser negativen Erzählung zu schaffen, mussten die örtlichen Aktivisten die Revolution von 1905 als einen ersten Schritt zur gegenwärtigen Revolution präsentieren, sie mussten die Geschichte einer heroischen Vergangenheit und einer strahlenden Zukunft vermitteln. Aus diesem Grund wurden die Veteranen von 1905 ermutigt, auf öffentlichen Ereignissen von ihren Erlebnissen zu erzählen. Auch wurde bekannter Opfer von 1905 als Vorläufer gegenwärtiger Erfolge gedacht. In der Gemeinde Vigala im Landkreis Rapla war dies Bernhard Laipman, ein Aktivist aus der Bauernschaft, der im Januar 1906 von einem Strafbataillon erschossen worden war. Zu den Festivitäten an seinem Grab wurde ein Kranz aus Tallinn geschickt, der die Inschrift trug: „Du hast gewonnen! Lang lebe der Kampf!“⁵⁷ In der Stadt Viljandi hielt ein Schuster eine Rede über die Leiden von Ado Peet, dem früheren Herausgeber der Zeitung „Sakala“, der 1905 von einer Strafeinheit festgenommen worden war. Danach nahmen angeblich fast alle Bürgerinnen und Bürger Viljandis an einer Prozession zu jenem Ort teil, an dem die Aufständischen von 1905 begraben worden waren. Durch diese kollektiven Bemühungen wurde das Grab, das vorher weder durch ein Kreuz noch durch eine besondere Bepflanzung ausgezeichnet gewesen war, als neue Gedenkstätte etabliert.⁵⁸ Auch in Tallinn wurde ein Massengrab der Todesopfer von 1905 Ziel eines Umzugs, der laut „Tallinna Teataja“ alle bisherigen Demonstrationen weit in den Schatten stellte. Das Grab befand sich auf dem Rahumäe-Friedhof im Stadtteil Nõmme. Bezeichnenderweise spielte in der industriell geprägten Großstadt das nationale Narrativ kaum eine Rolle. Reden wurden nur von revolutionären Organisationen, Arbeiter- und Soldatenräten und -komitees sowie von Abgeordneten der Armeeeinheiten

54 Vgl. Figes, Kolonitskii, *Revolution* (wie Anm. 41), S. 46.

55 Der „Postimees“ zitierte den in Petrograd erscheinenden estnischsprachigen „Hauptstädtischen Anzeiger“ („Pealinna Teataja“), der die Listen der Revolutionsopfer auf estnische Namen hin durchgesehen hatte. Es waren 17 Tote und vier Verwundete. Uuemad Teated. Rewolutsioni ohwrite matmine 23. märtsi pääle edasi lükatud [Neueste Nachrichten. Die Beerdigung der Opfer der Revolution auf den 23. März verschoben], in: *Postimees* v. 16.4.1917, S. 3.

56 Kodumaalt (wie Anm. 37).

57 Vgl. Kuidas [2], (wie Anm. 26), S. 2.

58 Vgl. Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 6.

und Parteien gehalten. Die sonst so dominanten Vertreter der Vereine blieben außen vor. Nur ein einziger Redner, der bereits erwähnte Gewerkschaftler und Journalist Kasträ, trug auf Estnisch vor, alle anderen Reden wurden auf Russisch gehalten.⁵⁹ Es zeigt sich also, dass bei den Feierlichkeiten für 1905 ganz unterschiedliche Bedeutungsschichten in den Vordergrund rückten. Wurden auf einigen Veranstaltungen individuelle Märtyrergeschichten mit stark lokalem, meist estnisch-nationalem Beigeschmack betont, rückte andernorts eine allgemeine revolutionäre Darstellung des imperiumsweiten Revolutionsnarrativs in den Mittelpunkt. Dies allein stellte noch kein Problem dar. Der Bezug auf das Jahr 1905 und die Bindekräfte der noch als Gemeingut angesehenen Symbole reichten aus, um das Gefühl zu vermitteln, in unterschiedlicher Weise zu einer gemeinsamen Sache beizutragen. Welche Spannweite hier noch möglich war, mag neben dem Bericht im „Tallinna Teataja“ auch dessen Verfasser verdeutlichen. Es handelte sich um Kasträ, der sich auch sonst, trotz scharfer Kritik seiner bolschewistischen Parteigenossen, nicht davon abhalten ließ, für die „bürgerliche Presse“ zu schreiben. Umgekehrt druckte der „Tallinna Teataja“ seine Beiträge ungeachtet der Tatsache, dass er auch für das bolschewistische Konkurrenzblatt „Kiir“ arbeitete.⁶⁰

6. Territoriale und nationale Identität

Allen diesen Einigkeitsverlautbarungen und -beschwörungen zum Trotz war der Zusammenhalt während der ersten Wochen nach dem Sturz des Zaren doch brüchiger, als dies auf den ersten Blick den Anschein hat. Dass selbst unter den nationalen Eliten kaum Einigkeit bestand, zeigt die Auseinandersetzung um die Bedeutung, welche den bestehenden territorialen Einheiten – den Gouvernements Estland und Livland – in Zukunft zukommen sollte. Dass das Gouvernement Estland und der nördliche Teil des Gouvernements Livland längerfristig zu einer Verwaltungseinheit zusammengezogen werden sollte, die das estnische Siedlungsgebiet umfasste, war unstrittig. Die Idee war auch nicht neu; sie war bereits 1881 von frühen Repräsentanten der estnischen Nationalbewegung vorgebracht und von unterschiedlichen Aktivisten im Jahr 1905 wiederholt worden.⁶¹ Doch nun, als die Verwirklichung solcher Pläne zum Greifen nah war, kamen die Unterschiede in den kurzfristigen Zielvorstellungen an die Oberfläche. Zwischen den Delegierten der größeren Städte und Landkreise, die vom 11.–13. März in Tartu einen entsprechenden Entwurf diskutierten, kam es bald zu einem handfesten Streit um die territorialen Identitäten der beiden Teile des Siedlungsgebietes.⁶² Die Delegierten aus Tallinn waren der Meinung, dass Nordlivland ohne weitere Verzögerung mit dem Gouvernement Estland vereinigt werden sollte. Als Zentrum für diese neue Entität kam nur die estnische Gouvernementshauptstadt Tallinn in Frage, denn die livländische Hauptstadt war das lettische Riga. Dagegen erschien den nordlivländischen Delegierten eine solche vollständige Absorbierung durch das nörd-

59 Vgl. August Kasträ: Revolutsioonipüha [Revolutionsfeiertag], in: Tallinna Teataja v. 6.3.1917, S. 1.

60 Vgl. Karjahärm, Opositionäär (wie Anm. 11), S. 319.

61 Vgl. Toivo U. Raun: Estonia and the Estonians, Stanford 2001 [1987], S. 65 f., 100.

62 Linnawolikogu (wie Anm. 38).

lichen Nachbargouvernement verfrüht.⁶³ Ihre Argumente ähnelten jenen, die eine Reihe von russischen politischen Publizisten im späten 19. Jahrhundert gegen eine zentralisierte Bürokratie vorgebracht hatten.⁶⁴ Die kulturellen, psychologischen und ökonomischen Unterschiede zwischen den beiden Gouvernements seien noch so groß, argumentierten sie, dass nur eine Verwaltung, die „nahe an den Menschen“ sei, auch angemessen auf ihre Bedürfnisse eingehen könne. Ein zentralisiertes Arrangement laufe dagegen Gefahr, ein „rein papiernes Unterfangen“ zu sein.⁶⁵ Daher hielten sie es für notwendig, dass Estland und Nordlivland zunächst noch getrennte Gouvernements bleiben sollten.⁶⁶ Am Ende fanden die Delegierten einen Kompromiss, nach dem der nordlivländische Teil vorerst einen eigenen „Gouvernementskommissar“ (*kubermangu-komissar*) bekommen sollte, beide Teile des neuen Gouvernements aber dasselbe Parlament (*maapäev*) teilen sollten.⁶⁷

Faktisch hatten alle diese Kompromisse kaum Auswirkungen. Über den weiteren Umgang mit dem estnischen Entwurf hatte eine Sonderkommission im Innenministerium unter der Leitung des stellvertretenden Innenministers Dmitri Mitrofanovič Ščepkin zu entscheiden, und diese zeigte keinerlei Neigung, Nordlivland als individuelle Einheit weiter existieren zu lassen. Die nordlivländische Gruppe schaffte es lediglich durchzusetzen, dass beide früheren Gouvernements einen eigenen stellvertretenden Gouvernementskommissar aufstellen konnten, wodurch Nordlivland eine gewisse Repräsentation erhielt. Doch macht die Episode klar, welche Haltung die Delegierten zu den Identitätsfragen hatten. Zunächst wird deutlich, dass regionale Unterschiede selbst für national ausgerichteten Aktivisten eine wichtige Rolle spielten. Einer von Tõnissons Biografen, der finnische Politiker und Historiker Erkki Tuomioja, hat mit Recht darauf hingewiesen, dass ein unabhängiger estnischer Nationalstaat für diesen offenbar in absehbarer Zukunft nicht vorstellbar war.⁶⁸ Abgesehen von den äußeren Umständen scheint Tõnisson auch den Grad der estnischen nationalen Integration als gering eingeschätzt zu haben. Regionale Identitäten erschienen ihm fürs Erste greifbarer und realer als eine gesamtestnische Identität. Natürlich könnte auch die Aussicht, durch eine vorschnelle Vereinigung, Macht an die politischen Eliten in Tallinn zu verlieren, eine Rolle gespielt haben.⁶⁹ Nicht zufällig waren solche Vermutungen eben im „Tallinna Teataja“ zu lesen, der über einen Vortrag des Sozialisten Strandman am 4. April im Tallinner Kulturverein „Pandorin“ berichtete. Strandman rief hier mit seiner Bemerkung einige Heiterkeit hervor, Tõnisson habe auf den Posten des nordlivländischen Gouverneurs spekuliert, wolle

63 Siehe die Zusammenfassung der Diskussion in – n: Tallinna autonomistid ja Eesti autonoomia [Die Autonomisten von Tallinn und die estnische Autonomie], in: Postimees v. 5.4.1917, S. 3.

64 Vgl. Frederick S. Starr: Decentralization and Self-Government in Russia, 1830–1970, Princeton 1972.

65 n, Autonomistid (wie Anm. 63).

66 Vgl. ebenda. Diese Lösung war bereits im März von Peeter Põld vorgeschlagen worden, siehe Suur rahwakoosolek „Wanemuises“ [Große Volksversammlung im „Wanemuine“], in: Postimees v. 8.3.1917, S. 3.

67 Vgl. Määrused eestlaste maa administratiivse walitsemise ja kohaliku omavalitsuse ajutise koralduse kohta [Erlasse über das vorläufige Projekt zur administrativen Regierung und örtlichen Selbstverwaltung des Landes der Esten], in: Postimees v. 22.3.1917, S. 3.

68 Vgl. Tuomioja, Tõnisson (wie Anm. 16), S. 114.

69 Eine detaillierte Zusammenfassung der entsprechenden Diskussion bietet Pajur, Autonoomia (wie Anm. 41), S. 232–235.

aber nicht stellvertretender Gouvernementskommissar werden.⁷⁰ Doch wurde in der Auseinandersetzung nicht zuletzt auch die Grundsatzdebatte darüber geführt, wer das richtige Verständnis des estnischen Volkes hatte, wer wusste, wer die Estinnen und Esten „in Wirklichkeit“ waren. Nach Ansicht Tõnissons hatten seine Kollegen aus dem Gouvernement Estland – und insbesondere die urbanen Journalisten und Politiker aus Tallinn – jeglichen Kontakt zum estnischen Volk verloren. Diese sahen ihrerseits Tõnisson und seine Leute als Beispiele sturer Rückständigkeit an, als Agrarromantiker, die die sozialen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte verschlafen hatten. Es ist kaum überraschend, dass dieser Streit um die politische Richtung in den führenden Zeitungen ausgetragen wurde: dem „Postimees“ aus Tartu auf der einen, dem „Päevaleht“ (Tagesblatt) und dem „Tallinna Teataja“ auf der anderen Seite. Beide stellten Tõnisson als Mann der Vergangenheit dar. Einige argwöhnten, der Grund für seinen Widerstand gegen die Vereinigung der Gouvernements in der gegebenen Form liege darin, dass er „Angst vor der Tallinner Demokratie“ habe.⁷¹ Und der sozialdemokratisch orientierte Journalist und Politiker Jüri Wilms schreckte in einer späteren Streiterei nicht davor zurück, im „Päevaleht“ zu behaupten, Tõnissons Geist sei „aufgrund seines Alters schwach“ geworden.⁷² Tõnisson war 48 Jahre alt – 20 Jahre älter als Wilms. Schon damals waren Identitätsstreitigkeiten auch Generationskonflikte.

7. Ethnische Identität als inklusiver und exklusiver Faktor

Das neu gebildete Gouvernement musste nicht nur Territorien mit unterschiedlicher Geschichte integrieren, auch seine eigentliche Grundlage, die ethnische Gleichheit seiner Bewohnerinnen und Bewohner, und ihr Anspruch, die wahre Heimat des estnischen Volkes zu sein, war nicht unproblematisch. Denn dieser Anspruch musste zwei Gruppen in den Fokus bringen, die im imperialen Kontext vor 1917 noch unproblematisch gewesen waren. Die einen waren jene Menschen estnischer Herkunft, die an unterschiedlichen Orten des russländischen Imperiums außerhalb der Grenzen des neuen estnischen Gouvernements lebten. Die anderen waren die Nichtestinnen und -esten, die sich innerhalb des estnischen Gouvernements befanden.

Die Größe der ersten Gruppe war durchaus bedeutend. Nach dem Zensus von 1897 hielt sich fast 12% der gesamten estnischen Bevölkerung außerhalb des neuen Gouvernements auf. Die meisten von ihnen lebten in Petrograd und dem Petrograder Gouvernement, viele auch im benachbarten Pskover Gouvernerment, einige weitere in Sibirien und am Schwarzen Meer.⁷³ Sie als Teil des estnischen Volkes in das Bewusstsein der Bevölkerung des Estnischen Gouvernements zu bringen, war ein Langzeitprojekt, das sich in einer Reihe von Artikelserien besonders im „Postimees“ niederschlug.

70 Vgl. Eestimaa ajutises korraldusest [Über die provisorische Ordnung Estlands], in: Tallinna Teataja v. 5.4.1917, S. 2.

71 Vgl. ebenda.

72 Zit. nach: Mõisted. Meelsust [Begriffe. Gesinnung], in: Postimees v. 25.5.1917, S. 3.

73 Vgl. Viktor Maamägi [Maamjagi]: Õstonskie poselency v SSSR 1917–1940 gg. [Estnische Siedler in der UdSSR 1917–1940], Tallinn 1976, S. 22.

Vorerst war eine andere Gruppe von Estinnen und Esten jenseits der Gouvernementsgrenzen wichtiger: Bei der Gründung des provisorischen vergrößerten estnischen Gouvernements war die Grenzfrage mit dem lettischen Teil des Gouvernements Livland nicht vollständig geklärt worden.⁷⁴ Da die Bevölkerung im Grenzgebiet ethnisch gemischt war, sollte eine Vermittlungskommission die Präferenzen der Mehrheit eruieren, damit die Grenze entsprechend korrigiert werden konnte.⁷⁵ Unvermeidlich hatte ihre Aktivität die Auswirkung, dass Menschen, denen die eigene ethnische Selbstzuordnung bislang gleichgültig gewesen war, nun gezwungen wurden, Stellung zu beziehen.⁷⁶ Auch war die subjektive Frage der Zugehörigkeit nun mit einer materiellen Grenze verbunden, die der Angelegenheit eine größere Dringlichkeit verlieh. Entsprechend trug die Berichterstattung, die teilweise von lokalen Korrespondenten stammte, bald die Züge einer nationalen Mobilisierung. Der „Postimees“ beklagte im Mai 1917, dass der Wille zunehmend schwinde, Kompromisse zu schließen und Toleranz walten zu lassen.⁷⁷ Für diese Entwicklung machte er einseitig die lettische Seite verantwortlich, deren Handlungen von dem Ziel geleitet seien, ein „Groß-Lettland“ zu schaffen.⁷⁸ Zu diesem Zweck versuche sie, die örtliche Macht einschließlich der Miliz zu übernehmen. Auch überhöhe sie die Bedeutung der lettischen Kultur und Geschichte in diesen Gebieten auf Kosten der estnischen und stelle die estnische Bevölkerung als „minderwertige mongolische Brut“ dar.⁷⁹ In Abgrenzung dazu beschrieb der „Postimees“ die Esten als moderates, manchmal jedoch zu passives Volk. Das Resümee der Darstellung hatte einen alarmistischen Beigeschmack: Wenn sich die estnische Bevölkerung nicht dazu entschließen könne, klar Position zu beziehen und die nationale Sache zu unterstützen, werde sie bald Opfer des lettischen Assimilationsdrucks werden.⁸⁰

Jenseits der Grenzfrage wurde das Thema nationaler Minderheiten in den Zeitungen weitaus besonnener behandelt. Der „Tallinna Teataja“ wandte sich scharf gegen die Behauptungen, bei Versammlungen der „Bürgerlichen“ in Tallinn und Tartu sei es zu feindseligen Aufrufen gegen Russen und Orthodoxe gekommen.⁸¹ Die Journalisten bauten in der Regel darauf, dass die richtigen Verfahren für ein einvernehmliches Miteinander sorgten. Als etwa ein hauptsächlich aus russischen Behördenangestellten bestehendes „Komitee der Russischen Bürger von Viljandi“ ankündigte, es sei an der Zeit, eine „Baltische Vereinigung zur Förderung der russischen Bürger“ zu gründen, waren die Reaktionen gelassen.

74 Die lettische Bevölkerung hatte kein eigenes Gouvernement zugesprochen bekommen, da Teile ihres Siedlungsgebietes noch unter deutscher Besatzung waren, und zudem das von ihr beanspruchte Gebiet Lettgallen Teil des Vitebsker Gouvernements war.

75 Vgl. Karjahärm, *Eesti* (wie Anm. 33), S. 415.

76 Zum Phänomen der „nationalen Indifferenz“ und den Problemen ihrer Erforschung vgl. Tara Zahra: *Imagined Noncommunities: National Indifference as a Category of Analysis*, in: *Slavic Review* 69 (2010), S. 93-119.

77 Vgl. *Läti marurahwuslised püüded Eesti-Läti piiril* [Lettische radikalnationalistische Versuche an der Estnisch-Lettischen Grenze], in: *Postimees* v. 27.5.1917, S. 4.

78 Vgl. *Eesti-Läti piiril elawatel eestlastel Läti marurahwusline surwe oodata* [Die an der estnisch-lettischen Grenzen lebenden Esten müssen mit lettischem, nationalistischem Druck rechnen], in: *Postimees* v. 10.4.1917, S. 2.

79 *Püüded* (wie Anm. 77).

80 Vgl. *Üleskutse Paju walla eestlastele* [Aufruf an die Esten der Gemeinde Paju], in: *Postimees* v. 26.5.1917, S. 3.

81 *Ajakirjandus* [Presse], in: *Tallinna Teataja* v. 24.4.1917, S. 2.

Die Versicherung der russischen Aktivisten, sie seien nicht an einer Rückkehr zur „alten Ordnung“ interessiert, schuf eine gemeinsame Basis. Unter diesen Bedingungen konnte der „Postimees“ betonen, dass ihre Pläne keine Gefahr darstellten. Ohnehin habe die estnische Mehrheit beschlossen, dass den „gerechtfertigten Interessen der Minderheitenvölker, die in unserem Land“ leben, „volle Aufmerksamkeit“ geschenkt werde.⁸² Implizit macht die Formulierung klar, dass die Minderheiten zu akzeptieren hatten, das „unser Land“ nun den Estinnen und Esten gehörte. Doch standen die Minderheitenrechte außer Frage.

Überraschend geringes Interesse brachten die beiden Zeitungen der deutschbaltischen Minderheit entgegen. Selbst der „Postimees“, dem in früheren Jahren die Auseinandersetzung mit der deutschbaltischen Oberschicht ein wesentliches Anliegen gewesen war, ignorierte sie in den Monaten nach der Februarrevolution weitgehend. So tauchten zwar auf den großen Demonstrationen durchaus gegen die „baltischen Barone“ gerichtete Slogans auf, die von den Zeitungen weiter verbreitet wurden. Auch bedeutete die Auflösung des alten Stadtrats von Tartu, die Mitte März einige mediale Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, nicht zuletzt die Absetzung der alten deutschbaltischen Eliten. Doch argumentierte der „Postimees“ kaum mit historischen Gründen, sondern verwies vielmehr darauf, dass der gegenwärtige Stadtrat das Vertrauen der Menschen verloren habe.⁸³ Ja, nicht einmal die populäre Formulierung von „700 Jahren Unterdrückung“ durch die Deutschen, die das Geschichtsbild der Nationalbewegung formelhaft zusammenfasste, fand hier Anwendung. Es scheint, dass er in der konkreten historischen Situation keine Funktion mehr hatte. Ein Grund dafür mag darin gelegen haben, dass der Verlust der politischen Macht das öffentliche Interesse an der alten Oberschicht drastisch vermindert hatte. Deutschbaltische Loyalitätsbekundungen gegenüber dem Gouvernementskommissar von Estland, Jaan Poska, und der provisorischen Regierung durch Ritterschaftshauptmann Baron Dellingshausen fanden kaum Resonanz. Dasselbe gilt für deutschbaltische Versuche, eigene Autonomiepläne aus September 1915 wiederzubeleben. Angesichts der direkten Verhandlungen, die Tõnisson mit seinem früheren Duma-Kollegen Fürst Georgi Evgenevič L'ov führte, dürften die Bestrebungen der Deutschbalten den estnischen Eliten nur noch anachronistisch erschienen sein.⁸⁴ Nun ging es darum, sich auf die eigenen Institutionen, Kontakte und Netzwerke zu stützen und mit den neuen Machthabern in Petrograd zu verhandeln. Die deutschbaltische Vormachtstellung erschien für eine kurze Zeit nur noch als kleiner, lokaler Teil einer systemischen Unterdrückung durch die Autokratie, unter der das ganze Imperium gelitten hatte. Unter diesen Bedingungen taugten die Deutschbalten nicht einmal mehr als Feindbild. Dies

82 Eestimaa wenelased hakkawad endid korraldama [Die Russen Estlands beginnen sich zu organisieren], in: Postimees v. 5.4.1917, S. 3.

83 Vgl. Kohalikud teated – Tartu Eesti seltside ja ühiskondliste korralduste asemikkude-kogu [Örtliche Nachrichten – Tartuer Delegiertenversammlung der Estnischen Vereine und gesellschaftlichen Organisationen], in: Postimees v. 13.3.1917, S. 3; Kohalikud teated – Tartu linnawalitsuse uuendamisest [Örtliche Nachrichten – Die Erneuerung der Stadtregierung von Tartu], in: Postimees v. 18.3.1917, S. 5.

84 Aru, Tõnisson (wie Anm. 35), S. 317. Wittram weist darauf hin, dass Jaan Raamot die Pläne immerhin mit Baron Dellingshausen diskutierte. Reinhard Wittram: Die baltische Frage als Problem der Russischen Provisorischen Regierung, in: Jürgen von Hehn u.a. (Hrsg.): Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten: Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Republiken Estland und Lettland 1918–1920, Bd. 2, Marburg 1971/77, S. 69–96, insbes. S. 73.

sollte sich erst wieder ändern, als Deutschland das Land im Zuge des Kriegs besetzte und viele Deutschbalten weitergehende Annexionspläne begrüßten und unterstützten.

8. Soziale und nationale Identität

Es gab noch weitere Gründe dafür, dass das ethnische Selbstverständnis im estnischen Siedlungsgebiet bei vielen Menschen noch provisorischen Charakter hatte. Nationalität war nicht die einzige Kategorie, die während dieser Zeit des Wandels einen Gemeinschaftssinn erzeugen konnte. Und nicht alle waren der Meinung, dass sie die wichtigste sei. So ist nicht immer auszumachen, welche Identifikationsangebote für die Menschen handlungsrelevant, und wie kompatibel sie miteinander waren. In der Presse von 1917 erhielten neben der ethnischen Identität drei Kategorien besondere Aufmerksamkeit: soziale Zugehörigkeit, Geschlecht sowie das Bekenntnis zu demokratischen und rechtsstaatlichen Prozeduren. Natürlich schlossen sich die Kategorien nicht gegenseitig aus. Im Gegenteil: Die Trennung zwischen Esten und Deutschbalten war ebenso ethnisch wie sozial. Und auch das Beharren auf demokratische Partizipation kann als das Bestreben gesehen werden, den ethnischen Estinnen und Esten die Macht zu geben, die ihnen rein numerisch zustand. Zuletzt konnte auch die Rolle der Frauen sowohl innerhalb als auch außerhalb eines nationalen Paradigma gesehen werden und hing zudem unmittelbar mit ihrer sozialen Stellung zusammen. Und dennoch hatten Forderungen nach sozialer und Geschlechtergleichstellung ebenso wie jene nach einer demokratischen Teilhabe häufig einen universelleren Charakter als die Identifikation mit einer ethnischen Gruppe. Die Abwägung dieser Faktoren und ihre Integration in ein nationales Narrativ war kein gradliniger Vorgang.

Die Bedeutung der „sozialen Zugehörigkeit“ wurde besonders von den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten betont. In Tallinn war ein solcher Sowjet bereits am 3. März gegründet worden. Weitere Sowjets wurden in anderen Städten gebildet.⁸⁵ Während die nach der Februarrevolution eingestellten Gouvernementskommissare Jaan Poska (Estland) und Andrejs Krastkalns (Livland) und ihre Verwaltungen der Provisorischen Regierung unterstanden, waren diese Sowjets den entsprechenden Sowjets in Petrograd verantwortlich. Auf diese Weise hatte sich, ebenso wie in Russland, auch in den Ostseegouvernements in den Tagen nach der Abdankung des Zaren eine Doppelherrschaft etabliert.

Da die Sowjets meist aus Organisationen in Fabriken und der Armee entstanden, gab es in ihnen einen starken russischen Anteil, der den estnischen um ein Drittel überschritt. An den meisten Orten wurden die Sowjets von den Sozialrevolutionären dominiert, an manchen auch von den Menschewiken. Neben den Parteien waren im Tallinner Sowjet auch Delegierte der Stadtverordnetenversammlung und der estnischen Vereine vertreten.⁸⁶ Allerdings hatte die Arbeit im Sowjet für sie meist nur nebensächliche Bedeutung und sie taten sich weder durch Einsatz noch Präsenz hervor.⁸⁷ Im Allgemeinen erschien den Sowjets eher die soziale

85 Vgl. Karjahärm, Eesti (wie Anm. 33), S. 412; Kuidas [2] (wie Anm. 26), S. 2.

86 Vgl. Karjahärm, Eesti (wie Anm. 33), S. 412.

87 Kohalikud teated – Tööliste saadikute Nõukogu ja kohalik Eesti seltskond [Örtliche Nachrichten – Der Rat der Arbeiterdeputierten und die örtliche estnische Gesellschaft], in: Tallinna Teataja v. 6.4.1917, S. 3.

Klasse und nicht die Ethnizität als der Kitt, der die Gesellschaft zusammen halten sollte. Ihre Perspektive war mehr international denn national ausgerichtet.

In den Wochen unmittelbar nach der Revolution, scheint diese Konzentration auf die Klassenkategorie auch für die eher national gesinnten Politiker und Publizisten kein Problem gewesen sein. Die Bedeutung der sozialen Frage wurde unter den politisch aktiven Menschen in Estland generell nicht angezweifelt. Nicht nur im linken politischen Spektrum wurde das Ziel verfolgt, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu organisieren, um sie in den großen Kampf um die Freiheit zu integrieren. Im März schrieb der „Postimees“ zustimmend über eine Versammlung der „nicht organisierten Arbeiter“, die das Ziel verfolgte, „auch diese in einer bestimmten Weise zu vereinen und sie aufzurufen, sich tatsächlich an der Diskussion der brennenden aktuellen Fragen zu beteiligen.“⁸⁸ Entsprechend äußerte auch der „Postimees“-Redakteur Anton Jürgenstein noch im April 1917 in einer Rede die Hoffnung, dass der Kampf zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Parteien „seine übertriebene Schärfe verliert, indem die Sozialisten – mit Ausnahme der Bolschewisten – ein volles Verständnis für die nationale Frage zeigen und die Bürgerlichen mit den meisten sozialen Forderungen der Sozialisten übereinstimmen.“⁸⁹ Tatsächlich war die Beziehung zwischen sozialen und nationalen Forderungen zu diesem Zeitpunkt jedoch alles andere als klar und wurde in Zeiten des politischen Wandels ständig neu verhandelt. Ein kleines, aber bezeichnendes Beispiel ist der Abstinzlerverein „Walwaja“ aus Tallinn. Obwohl entsprechende Vereine traditionell eng mit der Nationalbewegung verbunden gewesen waren, nannte sich dieser Verein im März in „Sozialdemokratischer Abstinzlerverein“ um, da seine Mitglieder zum Großteil Arbeiter waren.⁹⁰

Ungeachtet von Jürgensteins Optimismus wurde die Frage von Nation versus Klasse bald ein Stein des Anstoßes. Schon während der oben erwähnten Demonstration in Petrograd hatten bolschewistische estnische Arbeiter ihre Konationalen in der Hauptstadt gewarnt, „an dem Ereignis der bourgeoisen Kreise“ teilzunehmen.⁹¹ Diese Meinung wurde auch von vielen gemäßigeren Sozialdemokraten in Petrograd und an anderen Orten geteilt, ungeachtet der Tatsache, dass sogar die bolschewistische „Pravda“ noch unlängst eine Autonomielösung befürwortet hatte.⁹² In Estland wurde dieser Punkt bald zum Anlass eines ernsthaften Machtkampfes zwischen den Sowjets und den Anhängern der provisorischen Regierung. Bezeichnenderweise wurde er auf eben jener symbolischen Ebene ausgetragen, auf der kurz zuvor noch die Einigkeit bestärkt worden war: Es ging um Flaggen und genauer um die Nutzung der blau-schwarz-weißen Fahne auf den Feierlichkeiten zum Ersten Mai. Obwohl der Rat der Arbeiter und Soldaten das Mitführen nationaler Flaggen auf dem Demonstrationszug für nicht wünschenswert erklärt hatte, waren lettische, polnische, jüdische und tschechische Fahnen am Ende stillschweigend akzeptiert worden. Dagegen waren die Trägerinnen und

88 Kohalikud teated – Koosolekute asjus „Wanemuises“ [Örtliche Nachrichten – In der Angelegenheit der Versammlungen im „Wanemuine“], in: Postimees v. 20.3.1917, S. 3.

89 Uemad teated – Tartu Eesti Naisseltsi kõnekoosolek [Neueste Nachrichten – Redeversammlung des Tartuer Estnischen Frauenverbands], in: Postimees v. 20.4.1917, S. 3.

90 Vgl. Uemad teated – Esimene sotsialdemokratlike karskuseselts [Neueste Nachrichten – Der erste sozialdemokratische Abstinzlerverein], in: Postimees v. 15.3.1917, S. 2.

91 Lahkhelid rahvuslise autonoomia nõudmisel [Misstöne bei der Forderung nach nationaler Autonomie], in: Postimees v. 28.3.1917, S. 2.

92 Ebenda.

Träger estnischer Fahnen den Berichten zufolge bald einer regelrechten Hetzjagd durch aufgebrachte Demonstranten ausgesetzt gewesen. Diese hätten selbst die an den Häusern angebrachten blau-schwarz-weißen Nationalflaggen von den Dächern heruntergerissen und seien zu diesem Zweck sogar in Privathäuser eingedrungen.⁹³

Da die Vorkommnisse in Tallinn stattgefunden hatten, erstaunt es nicht, dass der „Tallinna Teataja“ besonders ausführlich darüber berichtete. Ein Beitrag „über die Schändung der estnischen Flagge“⁹⁴ ließ bereits in der Schlagzeile keinen Zweifel an der Haltung der Redaktion zu. Der „Postimees“ schloss sich dieser Bewertung vier Tage später unter demselben Titel an.⁹⁵ Die in beiden Zeitungen geschilderte Debatte im Rat der Arbeiter- und Soldatendeputierten macht indessen deutlich, in welcher Zwickmühle sich seine Delegierten befanden. Viele von ihnen standen der estnischen nationalen Sache alles andere als ablehnend gegenüber und Delegierte wie Wilms, Rein-Roman Eliaser (ein Herausgeber des „Tallinna Teataja“) und Jaan Teemant übten in diesem Sinne scharfe Kritik an dem gewalttätigen Vorgehen. Die abschließende Erklärung des Sowjets hatte etwas von einem unbequemen Kompromiss: Auf der einen Seite verdammt sie das Herunterreißen der Fahnen als Gewaltakt und erklärte in allgemeineren Begriffen, dass Selbstjustiz, Einbrüche in Privathäuser von Bürgern und die Anwendung von Gewalt inakzeptabel seien. Auf der anderen Seite erklärte der Sowjet einstimmig, dass der Erste Mai ein internationaler Feiertag, das Hissen von Nationalflaggen aber eine Verletzung des Prinzips des Internationalismus sei. Viele Delegierte des Sowjets fanden auch, dass der Erste Mai nur ein Arbeiterfeiertag sei, weshalb ausschließlich die rote Fahne zu hissen sei.⁹⁶ Die Äußerungen des Sowjets waren insofern ein Wendepunkt, als dass in ihnen die estnische Nationalfahne und die rote Fahne explizit für inkompatibel erklärt wurden. Implizit verdeutlichte der Sowjet damit auch, dass die rote Fahne kein Symbol mehr war, das von allen nach Belieben genutzt werden konnte. Der „Kampf um die exklusive Kontrolle über diese Symbole“, den Figes und Kolonitski in ihrem grundlegenden Werk über die Symbole der Revolution dargestellt haben,⁹⁷ begann in Estland spätestens mit diesem Ereignis. Er beendete die kurze Phase nach dem Umsturz, in der allgemeiner Konsens zu herrschen schien, und die Menschen noch „außer sich vor Freude“ waren.⁹⁸

Fukuyama hat das Streben nach Würde als einen Kern der Auseinandersetzungen um Identität ausgemacht und ihn als „Kampf, gesehen und wertgeschätzt zu werden“ bezeichnet.⁹⁹ Der Fahnenstreit bestätigt diese Interpretation, fügt ihr aber noch einen wichtigen Aspekt hinzu. Der Vorsitzende und der Sekretär des estnischen Schriftstellerverbandes, Eduard Hubel (Mait Metsanurk) und Jaan Lintrop, machten in einem offenen Brief des Verbandes zunächst deutlich, dass sie am Verhalten der Demonstrierenden insbesondere der fehlende Respekt vor den spezifischen estnischen Unterdrückungserfahrungen empörte.

93 Eesti lippude teostamise-asi [Die Angelegenheit der Beleidigung der estnischen Flagge], in: Tallinna Teataja v. 1.4.1917, S. 1.

94 Ebenda.

95 Vgl. Eesti lipu teostamise-asi Tallinnas [Die Angelegenheit der Beleidigung der estnischen Flagge in Reval], in: Postimees v. 24.4.1917, S. 3.

96 Vgl. Teostamise-asi (wie Anm. 93); Teostamise-asi Tallinnas (wie Anm. 95).

97 Vgl. Figes, Kolonitskii, Revolution (wie Anm. 41), S. 188.

98 Karjahärm, Eesti (wie Anm. 33), S. 412.

99 Vgl. Fukuyama, Identity (wie Anm. 4), S. 16, 222.

Denn die estnische Nationalfahne sei nicht Symbol für Gewalt und Unterdrückung eines anderen Volks, sondern stehe für ein kleines Volk, das selbst unter Repressalien gelitten habe. Bezeichnenderweise kritisierten Hubel und Lindtrop insbesondere den „abstrakten Internationalismus“ des Sowjets, der keinen Raum für diese spezifischen Erfahrung ließ. Ihrer Meinung nach war die individuelle Freiheit der Estinnen und Esten auf Grundlage der „weltweiten Freiheit der Völker, Gleichberechtigung und Bruderschaft“ grob verletzt worden: „Die nationale Ehre wurde im Namen der internationalen Gleichberechtigung niedergetrampelt“.¹⁰⁰ Hinzu kam aber auch ein Argument, das nur mittelbar mit der Frage der Würde zusammenhing: Der Respekt für die nationalen Symbole war für die beiden Autoren gleichzeitig immer auch eine Frage der eben erlangten demokratischen Rechte, und seine Verweigerung im Falle der estnischen Nationalfahnen nichts weniger als ein Angriff auf die Grundfesten des neuen Staates. Ihrer Ansicht nach hatten die Angriffe auf die estnischen Fahnen die „individuellen und besonders die Bürgerwerte der estnischen Mitbürger in einer so groben Weise geschändet, wie dies selbst in der Zeit des Zarismus nicht geschehen ist.“¹⁰¹ Mit bitterem Sarkasmus kommentierte der „Tallinna Teataja“ an anderer Stelle, die Gewalttaten hätten gezeigt, „wie reif ein Teil der Bürger für die bürgerlichen Freiheiten ist“.¹⁰²

9. Geschlecht als weitere Kategorie der Zugehörigkeit

Wenn es also zwischen sozialen und ethnischen Identitätskonzepten gewisse Reibungen geben konnte, verlief das Zusammenspiel in einem anderen Bereich einvernehmlicher: Geschlecht als Identitätskategorie wurde relativ erfolgreich in die Selbstbeschreibungen des nationalen Befreiungskampfes integriert. Selbstverständlich war dies nicht. Estnische Frauenorganisationen hatten in der estnischen Vereinslandschaft ein gehöriges Eigengewicht und waren nicht vollständig in der Nationalbewegung aufgegangen. Denn diese war eine fast ausschließlich männliche Angelegenheit, deren Vereine und Verbände Frauen in der Regel ausschlossen.¹⁰³ Dagegen zeichneten sich die frühen Teilnehmerinnen der estnischen Frauenbewegung durch eine starke internationale Vernetzung aus, da die meisten von ihnen erzwungenermaßen außerhalb der Ostseeprovinzen studiert hatten. Frauen wurden an der Universität Tartu erst ab 1915 zum Studium zugelassen und mussten daher vorher nach Helsinki, Paris, London, St. Petersburg, Bern und anderen Städten ausweichen.¹⁰⁴

100 Eduard Hubel, Jaan Lintrop: Protest [Protest], in: Postimees v. 25.5.1917, S. 3.

101 Ebenda.

102 R. Berendsen: Kudas kodanlist wabadust jalge alla tallatakse [Wie die bürgerliche Freiheit mit Füßen getreten wird], in: Tallinna Teataja v. 11.4.1917, S. 2.

103 Vgl. Sirje Kivimäe: Esimesed naisseltsid Eestis ja nende tegelased [Die ersten Frauenvereine in Estland und ihre Akteure], in: Ea Jansen, Jaanus Arukaevu (Hrsg.): Seltsid ja ühiskonna muutumine. Talupojajäihiskonnast rahvusriigini. Artiklite kogumik [Vereine und die Veränderung der Gesellschaft. Von der Bauerngesellschaft zum Nationalstaat. Sammelband], Tallinn 1995, S. 118-135, insbes. S. 122, 128.

104 Vgl. dies., Frauen und Frauenbewegung in Estland von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in: Archiv für Sozialgeschichte 34 (1994), S. 199-221, insbes. S. 208.

Die Widersprüche zwischen diesen Frauenrechtlerinnen und der Nationalbewegung lassen sich am Beispiel Tõnissons exemplifizieren. Seine Meinung, welche Rolle Frauen in der Gesellschaft spielen sollten, war stark von kleinbürgerlichen patriarchalischen Konzepten geprägt. Die Tätigkeit der Frauen sollte sich auf den Haushalt und die Erziehung der Kinder beschränken. Ironischerweise hatte diese Rollenaufteilung kaum eine estnische Tradition, sondern kann als Gegenreaktion auf den Lebensstil der deutschbaltischen Oberschicht aufgefasst werden, die dem Vorbild der „kleinen“ Deutschen in den Städten und auf dem Land nachgezeichnet worden war.¹⁰⁵ Tõnisson sah die Frauenfrage lange Zeit als Problem an, dem mit moralischem Konservatismus zu begegnen sei. Im Jahr 1905 nutzte er den „Postimees“, um in einem siebenteiligen Artikel persönliche Angriffe gegen politisch aktive Schülerinnen des Puschkin-Gymnasiums in Tartu zu drucken. Er beschuldigte sie, „freie Liebe“ zu praktizieren, was er als „Ausdruck des sexuellen Niedergangs“ deutete. Dieser manifestierte sich unter anderem auch in ihrer Entscheidung, die Haare kurz zu tragen.¹⁰⁶ Es kann also gesagt werden, dass gerade die Beziehungen zwischen den Kämpferinnen für Frauenrechte und dem „Postimees“ nicht unter dem günstigsten Stern standen.

Überraschenderweise waren solche Auseinandersetzungen in der gemeinschaftstiftenden Atmosphäre des Februar vorerst vergessen. Es ist geradezu frappierend, mit wie viel Zustimmung die Zeitung über die Vielzahl an Aktivitäten und Veranstaltungen berichtete, die in den Wochen nach der Revolution von unterschiedlichen Frauenorganisationen auf die Beine gestellt wurden. Dafür ließen sich unterschiedliche Gründe aufführen. Die einen liegen in einem gewissen Lernprozess, der innerhalb des vorangegangenen Jahrzehnts bei einigen männlichen Protagonisten vor sich gegangen war. Dies kann besonders für Tõnisson behauptet werden, der enge persönliche Freundschaften mit einigen außerordentlich unabhängigen Frauen pflegte – offenbar war die Bereitschaft zum Dialog auch in Zeiten wachsender Polarisierung noch groß.¹⁰⁷ Hinzu kamen professionelle Kontakte. Bereits früher hatte es Formen der Zusammenarbeit von Frauenorganisationen mit anderen Verbänden gegeben. So hatte beispielsweise die von Tõnisson geleitete „Tartuer Estnische Bauerngesellschaft“ Möglichkeiten für Frauenaktivitäten geboten, obgleich nur in schmalen Bereichen wie sozialer Arbeit oder Handarbeit. Nationale, soziale und wirtschaftliche Anliegen hatten zu einer engeren, wenn auch nicht immer konfliktfreien Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Organisationen geführt.¹⁰⁸

Die Februarrevolution stärkte die Position der Frauenorganisationen ungemein. Kaum eine große Versammlung wurde abgehalten, ohne dass eine Rednerin die Gleichberechtigung für Frauen und insbesondere das Wahlrecht gefordert hätte. Bei manchen Veranstaltungen waren die Frauen sogar in der Mehrheit.¹⁰⁹ Auch als Organisatorinnen von Veranstaltungen auf Zentral- und Provinzebene konnten sie nicht ignoriert werden. Die in der Politik dominierenden Männer begriffen dies. Konstantin Päts sprach auf einer außerordentlichen Hauptversammlung des Frauenverbands in Tallinn über die Tätigkeit der Frau in der städtischen Selbstverwaltung, und auch Kerenskij schloss seinen Besuch in Tallinn mit einem

105 Vgl. dies., Naisseltsid (wie Anm. 102), S. 125.

106 Aru, Kirg (wie Anm. 14), S. 142.

107 Vgl. dies., Tõnisson, S. 290; Tuomioja, Tõnisson (wie Anm. 16).

108 Vgl. Kivimäe, Naisseltsid (wie Anm. 102), S. 129.

109 Vgl. Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 6.

Besuch dieses Verbands ab.¹¹⁰ Bezeichnenderweise sahen die männlichen Protagonisten die Interessen der Frauen in den existierenden, meist männerdominierten Bewegungen gut aufgehoben. Jürgenstein stellte im Sinne der Nationalbewegung fest, in Estland seien die Frauen in einer glücklichen Lage, da die estnischen Männer ihre Gleichheit bedingungslos anerkannten.¹¹¹ Und für die Arbeiter/-innenbewegung behauptete Kerenskij während seines Besuchs in Tallinn schlankweg, die Frauen in Russland seien „in der Arbeiterschaft und im politischen Kampf immer gleichberechtigt gewesen“.¹¹²

Die Frauen wollten sich allerdings auf die soziale und ethnische Solidarität nicht verlassen, wenn es um ihre Zukunft ging. Vielmehr bauten sie durchaus auf Regelungen, die ihnen auf Grundlage ihres Geschlechts bestimmte Rechte gaben. So findet sich unter den Forderungen des im Mai 1917 veranstalteten Estnischen Frauenkongresses auch jene nach einer Art Quotenregelung, die den Frauen in den meisten gewählten Institutionen einen festen Anteil der Sitze zusichern sollte.¹¹³ Solche Forderungen waren in der europäischen Frauenbewegung weit verbreitet. Entsprechend betonte die Doktorin der Wirtschaftswissenschaften Johanna Rebane-Sild (Sild-Rebane) auf einer früheren Versammlung auch die Zugehörigkeit der estnischen Frauen zu den russischen Frauenrechtlerinnen, und stellte ihre Tätigkeit in den größeren Zusammenhang ähnlicher Aktivitäten in England, Deutschland, Russland und Norwegen.¹¹⁴

Auf der anderen Seite betteten die estnischen Aktivistinnen ihre Forderungen immer wieder in das estnische nationale Narrativ ein, indem sie die positive Rolle betonten, die Frauen in einer Zeit spielen könnten, „wo unser Volk die Hoffnung hat, sich von der früheren Unterdrückung zu befreien, und seine Angelegenheiten selbst zu regeln.“¹¹⁵ Eine Rednerin betonte auf dem Kongress in diesem Sinne die Bedeutung einer estnischen Schulerziehung als Alternative zu den „armseligen deutschen Näh- und Sprachschulen“.¹¹⁶ Und natürlich wurden auch die Versammlungen des Frauenverbands mit dem Singen patriotischer Lieder abgeschlossen.¹¹⁷ Auf diese Weise entstand ein erfolgreiches Zusammenspiel: Die Frauenbewegung kämpfte Seite an Seite mit den Männern für die gemeinsame (estnische) Freiheit. Dass später die Teilhabe von Frauen an politischen Ämtern in der Estnischen Republik ihren Optimismus dieser Zeit nicht rechtfertigen sollte, steht auf einem anderen Blatt.

Als schwieriger erwies es sich, den sozialen Faktor mit einzubinden. Nicht zufälligerweise wurden Konflikte zwischen Gender- und sozialen Identitäten nicht im „Postimees“, sondern im „Tallinna Teataja“ thematisiert. Hier kam beispielsweise die Schriftstellerin und

110 Eesti Naisseltsi erakorraline peakoosolek [Außerordentliche Hauptversammlung des Estnischen Frauenverbands], in: Tallinna Teataja v. 1.4.1917, S. 1.; Kohtuminister [1] (wie Anm. 50).

111 Vgl. Teated. Tatsächlich finden sich in Jürgensteins eigener Zeitung, dem „Postimees“, durchaus Beispiele dafür, dass Frauenrechtlerinnen auf starken Widerstand durch „Männer und Lehrer“ stießen. Kodumaalt [Aus dem Heimatland], in: Postimees v. 17.5.1917, S. 3.

112 Kohtuminister [1] (wie Anm. 103).

113 Vgl. Esimene Eesti naiskongress Tartus [Der erste estnische Frauenkongress in Tartu], in: Postimees v. 31.5.1917, S. 2.

114 Vgl. Naeste üleüldine koosolek [Generalversammlung der Frauen], in: Postimees v. 10.3.1917, S. 2 f.

115 Esimene Eesti naiskongress [Der erste Estnische Frauenkongress], in: Postimees v. 25.5.1917, S. 3.

116 Koosolek (wie Anm. 114), S. 2 f.

117 Vgl. ebenda.

Sozialdemokratin Marta Lepp (später Kirschbaum/Utuste) zu Wort, die ihr Leben als Erwachsene hauptsächlich in Russland und Finnland verbracht hatte. Grundsätzlich trat auch sie für eine ethnische Behandlung der Frauenfrage ein, da die estnische Frau in Fragen der Sprache, der Selbstverwaltung oder der Vereinigung ganz Estlands auch ihre örtlichen nationalen Interessen habe. Gleichzeitig warf Lepp jedoch die rhetorische Frage auf, ob die von den estnischen Frauen geteilten Interessen tatsächlich reichten, um in Zukunft „die Hausfrau, die Händlerin, die Dienstinne, die Näherin und die Fabrikarbeiterin“ zu motivieren, „Hand in Hand“ miteinander zu arbeiten. „Natürlich nicht!“, lautete ihre klare Antwort. „Jetzt sind noch alle von der Freiheit berauscht, alle sind Schwestern – freie Bürgerinnen“, erläuterte sie, doch dass dies so bleibe, könnten „nur Gebetsschwestern erträumen“. Denn „die Interessen der gesellschaftlichen Schichten und Klassen“ befänden sich einem „scharfen Widerspruch zueinander“. Lediglich die Aussicht, dass gerade die Vielseitigkeit gut für die Gesellschaft sei, stimmte Lepp am Ende doch optimistisch.¹¹⁸

Die Selbstverortung der Frauen zeigt also beide Seiten der Medaille: Die Partikularinteressen der Frauenrechtlerinnen fanden Ausdruck in Forderungen nach einer proportionalen Vertretung in politischen Gremien. Gleichzeitig erschien auch ethnische Solidarität durchaus als Medium, mit dem sich dezidiert estnische Fraueninteressen artikulieren ließen. Es ist kein Zufall, dass es zu keinem Bündnis mit deutschbaltischen Frauenorganisationen kam, denn estnische Frauen fühlten sich ganz im Sinne einer intersektionellen Identität nicht nur als Frauen, sondern auch als Estinnen diskriminiert.¹¹⁹ Auf der anderen Seite existierten aber auch unter den estnischen Frauen soziale Differenzen, die sich schwer überbrücken ließen und intersektionellen Kategorien Grenzen setzten.

10. Staatsbürgerliche Identität

Es kann festgehalten werden, dass die bislang untersuchten Identitätskategorien auf territorialer, ethnischer, sozialer und Gendergrundlage Menschen verbanden, aber auch miteinander in Widerspruch stehen konnten. Als Kandidat, einen verbindlichen Rahmen für die unterschiedlichen Partikularinteressen zu dienen, kam das Bekenntnis zu einem demokratischen System und seinen rechtsstaatlichen Prozeduren ins Spiel. Sie ließe sich auch als „staatsbürgerliche Identität“ fassen. Tatsächlich stellten die nichtbolschewistischen politischen Kräfte den unterschiedlichen Identitätsordnungen immer auch prozedurale Ordnungen an die Seite, die auf universelle Vorstellungen von gerechten und transparenten Prozeduren basierten. So organisierten etwa die Frauenverbände auch Vortragsreihen, in denen Frauen darüber aufgeklärt werden sollten, wie demokratische Gesellschaften funktionierten. In ihnen erklärten namhafte Vertreterinnen und Vertreter des intellektuellen Lebens Estlands die Bedeutung politischer Parteien und diskutierten Fragen der Bürgerrechte und der Freiheit der Presse.¹²⁰

118 Marta Lepp: Naisküsimused [III] [Frauenfragen (II)], in: Tallinna Teataja v. 24.3.1917, S. 2.

119 Grundlegend zum Begriff der Intersektionalität: Kimberlé Crenshaw: Mapping the Margins: Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color, in: Stanford Law Review 43 (1991), H. 6, S. 1241-1299; vgl. auch Appiah, Lies (wie Anm. 1), S. 123.

120 Vgl. Teated, Kohalikud teated – Naisseltsi neljas kõnekoosolek Wanemuises 7. mail [Die vierte Redeversammlung des Frauenvereins im Wanemuine am 7. Mai], in: Postimees v. 9.5.1917, S. 3.

Auch in der unmittelbaren Praxis war die Einführung demokratischer Verfahren bereits unmittelbar nach der Februarrevolution ein wichtiges Anliegen. Aber waren sie jenseits von Gruppeninteressen wirksam? Auch hier muss ein kleines Fallbeispiel genügen, um das Problem klarer zu fassen: Es handelt sich um die Gründung der „Volksmiliz“. Sie sollte die alten zarischen Polizeieinheiten ersetzen, die mit Unterstützung des Militärs unmittelbar nach der Revolution aufgelöst worden waren. Noch bevor man zu allgemeinen Wahlen für die Verfassungsgebende Versammlung oder das Parlament treten konnte, war die schnelle Schaffung neuer Sicherheitsorgane nicht nur eine wichtige Maßnahme, um die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Sie sollte auch einen neuen bürgerlichen Geist befördern. Während längerfristig der Aufbau einer bezahlten Miliz geplant war, lastete vorerst ein hoher Anteil der Arbeit auf den Schultern Freiwilliger. Ihre Bestimmung erfolgte dezentral: Gewählte Milizräte entschieden darüber, welche der Bewerber akzeptiert werden konnten. Für Beobachter wie Tõnisson war die Aufstellung der Milizen eine Art Feuerprobe, die zeigen konnte, wie gut die örtliche Selbstorganisation der Estinnen und Esten funktionierte. Die Wahl der Volksmilizräte war damit eine erste Schule der Demokratie.

Allerdings gab es zwei Probleme: Erstens ließen diese Prozeduren noch viel zu wünschen übrig. Bereits im März drückte Tõnisson im „Postimees“ seine Unzufriedenheit mit der Arbeit der örtlichen Komitees aus. Es gab keine einheitlichen Prozeduren zur Wahl der Räte, an einigen Orten blieb die Gründung einer Volksmiliz aus, an anderen bestanden sie nur aus der kleinen Schicht der Hofbesitzer. Diese aber stellten häufig nur jene Männer als Milizionäre ein, die bereits für sie arbeiteten. Tõnisson hob dagegen im „Postimees“ hervor, was eine demokratische Wahlprozedur eigentlich ausmache: Seiner Meinung nach sollte die Wahl der Milizräte auf Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts geschehen. Bei der Gelegenheit brachte er auch die Frauenfrage auf, indem er widerstrebend zugestand, auch Frauen zur Wählerschaft der Wahlräte zuzulassen, und sei es nur, um „sinnlosen Ärger“ zu vermeiden.¹²¹

Zweitens kam auch dort, wo die Wahl der Wahlräte befriedigend organisiert wurde, die Frage der Gruppenidentitäten quasi durch die Hintertür wieder ins Spiel. Praktisch alle Kommentatoren waren sich einig, dass kraft demokratischer Prozeduren die ganze Gesellschaft in den Milizräten repräsentiert werden sollte. Doch ging dabei kaum jemand von Individuen aus, vielmehr standen Gruppeninteressen im Zentrum der Aufmerksamkeit. So kam die Frage auf, welche Gruppen die Gesellschaft eigentlich konstituierten und welche folglich legitimiert waren, gemeinsam für sie zu sprechen. Wieder mussten ethnische und soziale Kategorien der Zugehörigkeit berücksichtigt werden, ohne bestimmte Bürgerinnen und Bürger auszuschließen. Das Fallbeispiel der Stadt Villjandi zeigt, wie schwer dies war. Zunächst waren hier Esten, Russen und Deutsche berechtigt, ihre entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter zu wählen, während eine vierte Kurie von Seiten der Arbeiterschaft zu wählen war – also von jenen, die sich eher als Arbeiterinnen und Arbeiter denn als Mitglied irgendeiner ethnischen Gruppe sahen. Dieser Modus fand jedoch nicht die Zustimmung einer allgemeinen öffentlichen Versammlung, die zwei Tage später in den Räumlichkeiten des „Handwerkervereins“ abgehalten wurde. Die Kategorien, so lassen sich die Einwände zusammenfassen, seien zu breit und gingen an der Art und Weise vorbei, wie sich die

121 Jaan Tõnisson: Kuidas tuleb maal rahvamiilits käima panna? [Wie ist die Volksmiliz auf dem Land in Gang zu bringen?], in: Postimees v. 15.3.1917, S. 3.

Menschen wirklich identifizierten. Als Reaktion auf diese Kritik wurden vier weitere Kategorien eingeführt: Zwei Kategorien waren regional definiert, indem zwei Siedlungen aus dem unmittelbaren Umfeld von Viljandi das Recht erhielten, ihre eigenen Delegierten zu wählen. Eine Kategorie beruhte auf einer Berufsgruppe: Die Handwerker wurden fortan separat berücksichtigt. Zuletzt erhielten noch die Jüdinnen und Juden als ethnische oder religiöse Gruppe eine eigene Vertretung.¹²² An anderen Orten tauchten auch Frauen als Statusgruppe in den Wahlräten auf.¹²³

Beim Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen kam es zu einer ähnlichen Ausdifferenzierung wie bei der Wahl der Milizionäre. Als beispielsweise eine Versammlung gebildet werden sollte, um die neuen Mitglieder der Tartuer Stadtverwaltung zu wählen, stellte sich bald heraus, dass die ethnischen Kategorien nicht ausreichten, um allen Ansprüchen zu genügen. Ursprünglich sollte es eine estnische, lettische, deutsche, russische, jüdische und polnische Kurie geben. Eine Reihe der estnischen Arbeiter wollte aber nicht mit „bürgerlichen“ Konationalen in einen Topf geworfen werden, zumal diese sie in wichtigen Fragen immer überstimmen würden. Als Kompromiss wurde eine Quotenregelung eingeführt, nach der Delegierte aus der Arbeiterschaft ein Drittel der estnischen Kurie stellen sollten, entsprechend ihres Anteils an der estnischen Bevölkerung der Stadt.¹²⁴ Auch bei der von einer großen Menschenmenge bestaunten Vereidigung der Milizionäre wurden die unterschiedlichen Gruppenzugehörigkeiten sichtbar gemacht: In der Stadt Tartu leisteten die estnischen Milizangehörigen ihren Eid in der protestantischen Petrikirche, die russischen in der russisch-orthodoxen Uspenskij-Kirche und die jüdischen in der örtlichen Synagoge.¹²⁵

Damit zeigt die Wahl der Milizräte und der städtischen Abgeordneten wie in einem Brennglas, wie vielfältig die Möglichkeiten waren, die Gesellschaft in Gruppen zu unterteilen. Auf der einen Seite wurde die ethnische Zugehörigkeit als Modus der Zugehörigkeit meist vorausgesetzt, auf der anderen Seite war sie immer der Konkurrenz weiterer Gruppenidentitäten ausgesetzt. Viele Bürgerinnen und Bürger forderten ihr Recht, als Mitglieder sozial oder beruflich definierter Gruppen an den Entscheidungsprozessen zu partizipieren, anderen erschien der Wohnort wichtiger als alle anderen Kriterien. Die Art der Selbstpositionierung war auch dadurch bedingt, dass die demokratischen Angebote ganz in der Tradition des Kuriensystems eher an Kollektive als an Individuen adressiert waren. Wie diese Kollektive aber zu definieren waren, erwies sich in der Umbruchsituation nach dem Sturz des Zaren offenbar noch in hohem Maße als Verhandlungssache.

11. Zusammenfassung und Ausblick

Die estnische Bevölkerung war zum Zeitpunkt der Abdankung des Zaren alles andere als ordnungslos. Sie hatte bereits Erfahrungen in den örtlichen Selbstverwaltungen gesammelt und war zudem durch ein dichtes Netz von Vereinen, Verbänden und Genossenschaften

122 Vgl. Kuidas [1] (wie Anm. 25), S. 5.

123 Vgl. Kodumaalt – Naiste miiting Türi [Aus der Heimat – Frauenversammlung in Türi], in: Tallinna Teataja v. 5.4.1917, S. 2.

124 Vgl. Kohalikud teated [Örtliche Nachrichten], in: Postimees v. 20.3.1917, S. 3.

125 Vgl. ebenda.

verbunden. Darüber hinaus kannten die Menschen Modi des kollektiven Handelns und verfügten über einigende Symbole, die ihrem Auftreten als Gemeinschaft Geschlossenheit verliehen. Fast staunend nahmen die politischen Eliten, darunter auch die Herausgeber und Redakteure des „Postimees“ und des „Tallinna Teataja“, zur Kenntnis, dass selbst spontane Veranstaltungen meist sehr strukturiert verliefen. Eine Erklärung einiger Zeitgenossen – wie Tõnisson – für diesen Umstand war, dass der Nationalcharakter der Mehrheitsbevölkerung bereits den nötigen Reifegrad für besonnenes Handeln erreicht habe.

Gleichwohl verdeckte die Betonung der ethnischen Zusammengehörigkeit, die historisch relativ spät in Erscheinung getreten war, die große Vielfalt an anderen Modi der Zugehörigkeit, die parallel dazu existierten. Während der vorangegangenen Jahrzehnte waren sozialer Wandel, Mobilität, Urbanisierung und die zunehmende Polarisierung der Landbevölkerung nur einige Faktoren, welche die Identitätsordnungen noch dynamischer gemacht hatten. Unter diesen Bedingungen waren die nationalen Visionen, die der „Postimees“ vertrat und verbreitete, nur ein mögliches Identitätsangebot für die estnische Bevölkerung. Doch waren die Monate nach der Februarevolution ein kurzer Zeitabschnitt, in dem der nationale Liberalismus geeignet schien, soziale Spannungen aufzulösen und quasi Einheit in der Vielfalt zu schaffen. Bei allen Unterschieden der Gewichtung zogen hier die beiden großen Zeitungen „Postimees“ und „Tallinna Teataja“ an einem Strang. Dabei scheuten sich ihre Herausgeber und führenden Mitarbeiter nicht, dem estnischen Volk eben jene Eigenschaften als Nationalcharakter zuzuschreiben, die sie normativ in ihm verwirklicht sehen wollte. Dieses Volk schien ihnen bereit, das national-liberale Programm Schulter an Schulter mit der Regierung in Petrograd umzusetzen.

Diese Hoffnungen, so sei abschließend bemerkt, sollten sich bald als zu optimistisch erweisen. Nicht nur unternahm die zunehmend bolschewistisch geprägten Sowjets immer gefährlichere Ausfälle gegen Repräsentanten des estnischen demokratischen Establishments, auch die eilig durchgeführten Wahlen zum Landtag (*maapäev*) am 23. Mai und 24./25. Juni konnten kaum als erfolgreiche Lehrstunde für demokratische Prozeduren gelten: Die Wahlbeteiligung war so gering, dass sogar die Legitimität der Wahlen an sich in Frage gestellt wurde;¹²⁶ schlimmer noch: Die immer stärker unter dem Krieg leidende Bevölkerung war zunehmend bereit, bolschewistischen Versprechungen zur Lösung der sozialen und nationalen Frage sowie zu der Beendigung des Kriegs Glauben zu schenken. Als vom 12.–14. November 1917 die Verfassungsgebende Versammlung Russlands gewählt wurde, erhielten die linken Parteien fast drei Viertel aller Stimmen aus Estland, darunter die Bolschewisten 40,4%.¹²⁷ Erst die unmittelbare Erfahrung mit bolschewistischer Herrschaft Ende 1918 ließ ihre Popularität drastisch sinken.

Am Ende wurden die Autonomieziele und demokratischen Verfahren in einem Rahmen verwirklicht, den im März und April 1917 noch niemand für möglich gehalten hätte: in einem unabhängigen Estnischen Nationalstaat, den unter anderem Päts im Februar 1918 ausrief und dem Tõnisson als Außenminister, später als Ministerpräsident, diente. Dieser Staat sicherte seine Existenz erst nach einer Okkupation durch das Deutsche Kaiserreich und einem aufreibenden Unabhängigkeitskrieg gegen die Bolschewiken und die Deutschbalten.

126 Vgl. Olavi Arens: The Estonian Maapäev during 1917, in: V. Stanley Vardys, Romuald J. Mišunas (Hrsg.): The Baltic States in Peace and War 1917–1945, London 1978, S. 19–30.

127 Vgl. Karjahärm, Eesti (wie Anm. 33), S. 423.

Als am 2. Februar 1920 ein Friedensvertrag mit Sowjetrussland geschlossen wurde, war die Bevölkerung Estlands noch weit entfernt von jenen Visionen, von denen der „Postimees“ und der „Teataja“ geleitet waren. Die schnellen Orientierungswechsel der breiteren Bevölkerung lassen sich als Warnung davor lesen, eine allzu gradlinige Entwicklung des estnischen Selbstverständnisses zu behaupten. Nationale Identitätsbildung sollte auch unter den neuen Bedingungen ein langfristiges, nun staatlich betriebenes Projekt bleiben.

Summary

The February Revolution not only raised anew the issue of the future political order of Estonia, it also initiated new dialogue on the categories in which people perceived themselves; identity groupings were in flux, for there were various modes of belonging, of which ethnic identity was only one. A review of the two most important Estonian daily newspapers, the „Postimees“ and the „Tallinna Teataja“, reveals that, in addition to ethnicity, three other categories were frequent topics of discussion: social the ground, gender, and commitment to a democratic system. How these categories stood in relation to one another was an issue not only in the political debate which ensued in the first few months after the Tsar’s abdication but was also apparent on a symbolic level, for example in the increasing disagreement on the use of flags and their significance. It soon became evident that Estonian society was more diverse than it had seemed to be in the initial excitement of freedom, and that integrating this society into one nation was an as yet incomplete project.